

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1917**

112 (14.5.1917)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: Montag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Monat. Vorabzahlbar.

Abgabe: Montag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Monat. Vorabzahlbar.

Anzeigen: Die Spalte Kolonelle od. deren Raum 20 Pf. Anzeigen bittet. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für große Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

### Die Komödie der politischen Neuorientierung.

Starkruhe, 14. Mai 1917.

Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen des Verfassungsausschusses ist ein äußerst dürftiges. Bis jetzt ist nur ein Antrag angenommen worden, nach welchem die Wahlkreise mit besonders starkem Wählerzuwachs, die ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden, eine entsprechende Vermehrung der Mandate unter Einführung der Verhältniswahl auf diese, erhalten sollen.

Mit 16 gegen 9 Stimmen ist dieser Antrag beschloffen worden; in der Minderheit befinden sich vier Konservative, zwei Vertreter der Deutschen Fraktion, ein Zentrumsmittglied und die beiden Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.

Bekanntlich ist die jetzige Einteilung der Reichstagswahlkreise direkt verfassungswidrig. In diesem Zustand wird, falls der vom Verfassungsausschuss beschlossene Antrag Gesetz wird, wenig geändert. Für einen großen Teil der Wahlkreise bleiben die Ungerechtigkeiten bestehen und der politische Wille des deutschen Volkes wird nach wie vor gefälscht.

Gegen alle Veruche, die Reichsverfassung grundsätzlich zu revidieren, haben die Vertreter der Reichsregierung im Verfassungsausschuss nach Meinung des „Berliner Tageblatts“ Obstruktion getrieben. Ministerialdirektor Lewald machte u. a. die Mitteilung, daß die Reichsregierung seit längerer Zeit mit einer Studie über die Neuerteilung der Wahlkreise nach der Fläche derselben beschäftigt sei. Daß eine solche Grundlage für die Wahlkreisgeometrie einen Angriff gegen das Prinzip der Gleichheit des Reichstagswahlrechts bedeutet, kann auch für die Reichsregierung nicht zweifelhaft sein, zumal, wenn Wahlkreise mit 250 000 Seelen noch nicht anormal sein sollen. Worauf dieser Plan hinausläuft, ist ganz klar. Er richtet sich gegen die Sozialdemokratie und würde eine starke Begünstigung der vorwiegend ländlichen Wahlkreise bedeuten.

Das Verhalten der Vertreter der Reichsregierung steht mit den Reden des Reichskanzlers und mit der Desterboi-Idast im schreiendsten Widerspruch. Das Auftreten derselben im Verfassungsausschuss erweckt den Eindruck, als ob mit dem deutschen Volk eine unwürdige Komödie gespielt würde.

Wäre im jetzigen Reichstag eine Majorität für eine wirkliche Neuorientierung, dann hätten die Verhandlungen des Verfassungsausschusses einen anderen Verlauf nehmen müssen, auf jeden Fall wäre den bürokratischen Handlangern des Reichskanzlers in ganz anderer Weise entgegengetreten worden, als es leider geschehen ist. Die Mehrheit des jetzigen Reichstags ist anscheinend mit der Haltung der Reichsregierung durchaus zufrieden. Man tut so, als ob man etwas tun wollte, im Grunde genommen bleibt aber alles beim Alten.

Der Gang der bisherigen Verhandlungen des Verfassungsausschusses bestätigt vollumfänglich unsere wiederholt vertretene Auffassung, daß hinsichtlich der Neuorientierung vom jetzigen Reichstag nicht viel zu erwarten ist und daß durchgreifende Reformen erst dann zu erhoffen sind, wenn die jetzt im Felde stehenden Reichsbürger das Gewicht ihrer Stimme in die Waagschale werfen können. Auf einem Mittelbaum können keine Feigen wachsen. Das deutsche Volk wird erst dann die Erfüllung seiner politischen Wünsche erleben, wenn es sich einen anders zusammengekehrten Reichstag erwählt hat.

Mit allen Mitteln versucht man jetzt, den Massenwille künstlich zu unterbinden. Dabei hofft man, daß die wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die nach dem Kriege zu lösen sind, die politischen Fragen in den Hintergrund drängen werden. Diese Spekulation geht aber von total irrigen Voraussetzungen aus. Die Dinge werden sich in direkter, ungelehrter Weise entwickeln und diejenigen, die ihre politische Rechnung auf dieses Kalkül eingestellt haben, werden ihr blaues Wunder erleben. Der Faden der früheren vorwiegend kapitalistisch orientierten Politik ist endgültig abgerissen und jeder Versuch, die deutsche Politik an diesem Faden fortzuspinnen, wird scheitern. Das arbeitende Volk weiß nun, was es von den großen Versprechungen, die ihm während des Krieges gemacht wurden, zu halten hat. Es waren Verhöhnungssilber, darauf zubereitet, den Burgfrieden nicht zu gefährden.

Nun, das deutsche Volk wird nach wie vor seine Pflicht erfüllen und sich durch das Komödienspiel in dem, was es dem Vaterlande schuldig ist, nicht beirren lassen. Um so deutlicher aber wird es seinen Willen bekunden, sobald der Krieg zu Ende ist. Das historische Trauerspiel nach dem Befreiungskriege am Anfang des vorigen Jahrhunderts wird keine Wiederholung finden. Die Millionen, die jetzt drücken stehen, werden, wenn sie erst heimgekehrt sind, Fraktur mit den Herrschenden reden und dafür sorgen, daß das

deutsche Volk nicht mit einem politischen Zinsengericht abgepreßt wird. Bis dahin mag man die Komödie der politischen Neuorientierung weiter spielen. Wir sind überzeugt, daß ihr ein jähes Ende bereitet wird.

### Rußland in englischer Kriegsumstrickung.

Von Wilhelm Jansson, 3. Bz. Stockholm.

In der großen Begeisterung über den Sieg der revolutionären Bewegung in Rußland, die alle Freiheitsfreunde der Welt erfüllt, wird meistens übersehen, daß die russischen revolutionären Kämpfe noch keineswegs abgeschlossen sind. Erst eine Phase liegt hinter uns, aber was die nächste Zukunft bringt, weiß niemand. Die erste Etappe der Revolution endete mit der Beisetzung des alten Regiments und darüber besteht in allen russischen Kreisen Einmütigkeit, daß seine Rückkehr glücklicherweise ausgeschlossen erscheint.

Darüber hinaus aber besteht weniger Einmütigkeit hinsichtlich der kommenden Dinge. Zur Zeit hat die provisorische Regierung, gestützt, oder wie man es auch nennt, kontrolliert durch den Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat die Macht in ihrer Hand. Aber sie ist in ihren Entschlüssen nach außen nichts weniger denn selbständig. Denn die Engländer haben eine solche Macht über die Regierung erlangt, daß diese nicht einmal die Entscheidung über die Grenzpassage hat. Die Kontrolle an der Grenze in Saporanda wird von englischen Offizieren ausgeübt; die Bahysierung der nach Rußland Reisenden durch die russischen Konsulate und Befandtschaften genügt nicht, sondern neben dem russischen Sichtvermerk bedarf es auch eines Passierscheines der englischen Kontrollbüros, die eine Liste von der englischen Regierung mihliebigsten Personen angelegt haben und diesen den Passierschein verweigern. Aber selbst in Fällen, wo aus Zweckmäßigkeitsgründen der Passierschein nicht verweigert werden konnte, läßt sich telegraphisch Gegenorder an die englische Kontrolle an der Grenze erteilen. Der so gekennzeichnete kommt im Vertrauen auf seine ordnungsgemäßen Papiere in Saporanda an, findet aber die russische Grenze für sich gesperrt. So arbeitet das „freie England“ an der Grenze des „freien Rußlands“.

Darüber hinaus aber besteht weniger Einmütigkeit hinsichtlich der kommenden Dinge. Zur Zeit hat die provisorische Regierung, gestützt, oder wie man es auch nennt, kontrolliert durch den Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat die Macht in ihrer Hand. Aber sie ist in ihren Entschlüssen nach außen nichts weniger denn selbständig. Denn die Engländer haben eine solche Macht über die Regierung erlangt, daß diese nicht einmal die Entscheidung über die Grenzpassage hat. Die Kontrolle an der Grenze in Saporanda wird von englischen Offizieren ausgeübt; die Bahysierung der nach Rußland Reisenden durch die russischen Konsulate und Befandtschaften genügt nicht, sondern neben dem russischen Sichtvermerk bedarf es auch eines Passierscheines der englischen Kontrollbüros, die eine Liste von der englischen Regierung mihliebigsten Personen angelegt haben und diesen den Passierschein verweigern. Aber selbst in Fällen, wo aus Zweckmäßigkeitsgründen der Passierschein nicht verweigert werden konnte, läßt sich telegraphisch Gegenorder an die englische Kontrolle an der Grenze erteilen. Der so gekennzeichnete kommt im Vertrauen auf seine ordnungsgemäßen Papiere in Saporanda an, findet aber die russische Grenze für sich gesperrt. So arbeitet das „freie England“ an der Grenze des „freien Rußlands“.

Drinnen im Lande ist die Lage keine andere. Die Befanden Englands, Frankreichs und Japans, neuerdings auch Amerikas, kontrollieren die Regierung und haben auch den anderen Instanzen der Revolution ihren Willen aufzuzwingen gesucht. Den Sturz der provisorischen Regierung wollen sie nicht dulden, drohen für diesen Fall vielmehr mit der Entziehung der materiellen Unterstützung und mit militärischen Maßnahmen im Osten Rußlands zur Sicherung ihrer materiellen Forderungen. Eine englisch-japanische Verständigung in diesen Fragen soll bereits erzielt sein. Es ist eine Bindung Rußlands in seiner auswärtigen Politik herbeigeführt worden, über deren Wirksamkeit und Dauerhaftigkeit ein Urteil allerdings nicht abgegeben werden kann. Daß es in Rußland nicht an ernten Männern fehlt, die sich ein ausländisches Gewaltregiment nicht gefallen lassen wollen, nachdem es gelungen ist, das alte einheimische abzuschütteln, daran ist nicht zu zweifeln.

Andere wird mit allen Mitteln, darunter auch mit reichlichen englischen Geldmitteln, an der Entzweiung der Revolutions-elemente gearbeitet. Die Soldaten werden gegen die Arbeiter aufgehetzt, denen der Vorwurf gemacht wird, nur an sich selbst und nicht an die Bedürfnisse der Armee zu denken. Es wird ihnen insbesondere der Vorwurf einer Beeinträchtigung der Munitionserzeugung gemacht, weil sie die Erringung des Achtstundentages und die Erhöhung der Löhne erzielten. Die Arbeiter konnten freilich sofort den Nachweis führen, daß sie reichlich Überstunden leisten und daß lediglich der Mangel an Rohstoffen Feuerschäden bisher verschuldet hätten. Vielfach haben auch die Soldatenräte die Angaben der Arbeiter bestätigt und ihnen ihr unbegrenztes Vertrauen ausgesprochen. Aber die Geharbeit gegenrevolutionärer Elemente geht trotzdem unentwegt weiter.

Eine schwierige Frage für das neue Rußland bildet bereits das Nationalitätenproblem. Kaum waren die Proklamationen an die Polen und die Finnländer erschienen, denen die Autonomie zugesprochen wurde, so meldeten auch die anderen Nationalitäten des Reiches, die Balten, die Ukrainer, die Kaukasier usw. ihre Forderungen an. Die Finnen lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß ihre Forderungen jetzt weiter gehen, als bis zur formellen Anerkennung ihrer Autonomie. Noch zu Beginn des Krieges bestanden in den großen Parteien Finnlands keine separatistischen Neigungen, aber die Leiden der Kriegszeit mit ihrer ungelösten Unterdrückung Finnlands haben zum Separatismus geführt. Heute wird unumwunden erklärt, daß Finnland sich mit einem Zustand nicht begnügen könne, bei dem die russische Duma einfach der staatsrechtliche Nachfolger des Zaren würde. Und der erste Führer des neuen Finnland, unser Genosse Toivo, erklärte bei seiner Eröffnung des Senats unter dem allgemeinen Beifall der gesamten finnischen Presse sich offen für die volle Selbständigkeit Finnlands. Daß die Polen, nachdem ihnen die Zentralmächte die staatliche Freiheit eröffnet haben, auch Rußland gegenüber die Anerkennung ihrer Selbständigkeit mit aller Entschiedenheit fordern werden, daran ist selbst dann nicht zu zweifeln, wenn einzelne polnische Stimmen aus Rußland herüberbringen, die eine andere Sprache reden.

Neben diesen neuen Problemen hat die neue Regierung noch die von der alten übernommenen zu lösen. Die Transportfrage ist

durch den Wechsel in der Regierung selbstverständlich nicht zu befehlen gewesen, denn sie hängt mit den vorhandenen Verkehrsmitteln zusammen, die in nicht kurzer Zeit und erst recht nicht im Kriege beschafft werden können. Es heißt zwar, Amerika wolle 1000 Lokomotiven liefern als Ersatz der aufgebrauchten, aber von der Zufage bis zur Lieferung ist ein weiter Weg. Der Lebensmittelmangel wurde in einigen Großstädten durch Veranziehung von Heeresvorräten vorübergehend behoben, aber diese Veranziehung hat ihre Grenze, an der man bereits angelangt ist, sodas wieder von Mangel an Lebensmitteln berichtet wird. Daneben besteht die komplizierte Agrarfrage un verändert fort, die infolge der Desertionen militärische Bedeutung erlangt hat.

Kein Zweifel, daß diese Aufgaben zu ihrer Lösung des Friedens bedürfen. Diesen zu schließen gestattet aber die „Westmächte“ nicht. England und Frankreich wollen den Frieden nicht, und sie haben noch die Macht, die Friedenstendenzen in Rußland niederzuhalten. Die materielle Macht, weil sie das russische Reich während des Krieges finanziell gebunden haben, und die militärische Macht, weil sie im fernem Osten mit den japanischen Heeren drohen können. Mit diesen Dingen muß man auch in Deutschland bei der Beurteilung der russischen Vorgänge rechnen.

### Vom Krieg.

#### Deutscher Tagesbericht.

#### Große Angriffe der Engländer gescheitert.

W.W. Großes Hauptquartier, 13. Mai, vormittags. (Amtlich.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

##### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die großen Angriffe der Engländer sind gescheitert!

Nach sehr starker Artillerievorbereitung, die sich auf das ganze Schlachtfeld von Arras zwischen Lens und Douai ausdehnt, brachen die Engländer in den frühen Morgenstunden zwischen Gavrelle und der Scarpe, beiderseits der Straße Arras—Cambrai und bei Bullecourt gegen unsere Linien vor. In Roover gelang es ihnen einzudringen, an allen anderen Stellen wurden sie durch Feuer und im Nahkampf unter schwersten Verlusten abgeschlagen.

Abends erfolgten beiderseits von Mondy mehrere Angriffe, die gegenüber unserer tapferen Verteidigung ebenfalls blutig scheiterten.

Porteile, welche die Engländer in Bullecourt erringen konnten, wurden ihnen durch den schneidigen Gegenstoß eines Gardebataillons wieder entziffen. Heute sind um das Dorf neue Kämpfe entbrannt.

##### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Während es nördlich der Aisne zeitweilig ruhiger geworden ist, hat sich der Artilleriekampf an Aisne-Marne-Ronal und in der Champagne, nach Osten bis nach Tahure übergreifend, weiter verschärft.

Ein nächstlicher Vorstoß der Franzosen beiderseits der Straße Corbeny—Votant blieb erfolglos.

Der Feind verlor am 12. Mai in Luftkämpfen 14 durch Abwehrfeuer von der Erde 3 Flugzeuge. Ein französischer Flieger mußte hinter unsere Linien notlanden.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine Veränderungen.

##### Mazedonische Front.

Auf den Höhen von Dobropolje (östlich der Cerna) und südlich von Guma wurden mehrere feindliche Angriffe abgeschlagen. Die Stellungen sind dort restlos und fest in unserer Hand.

#### Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

### Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 13. Mai. (W.W. Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart:

#### Ostlicher und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei der Fionzo-Armee sind gestern heftige Artilleriekämpfe entbrannt.

Der Feind ließ zwischen Tolmein und dem Meer in ganzen Front seine Geschütze und Minenwerfer in Tätigkeit treten. Sein Feuer hielt die ganze Nacht über an und dauert fort. Unsere Artillerie erwidert mit Erfolg. Auch in Kärnten und in Tirol kamen stellenweise beiderseits die Geschütze lebhafter zu Worte.

#### Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

### Sonstige Kriegsnachrichten.

#### Der Auflösungsprozess des russischen Heeres.

Kristiania, 12. Mai. (W.B. Nicht amtlich.) Der militärische Mitarbeiter des „Morgenbladet“, Nyrrengard, schreibt über die russischen Verhältnisse, die Abiegung Ruffis und Brussilows bildete ein bemerkenswertes Glied in dem Auflösungsprozess des russischen Heeres. Von anderer Seite ist nichts über eine Abiegung Brussilows bekannt.

Die russischen Truppen in Frankreich wollen sich nicht mehr opfern.

Berlin, 12. Mai. (W.B. Nicht amtlich.) Während die russischen Abteilungen, die man zu Anfang der großen französischen Offensive zwischen die französischen Verbände einführte, am Brimont und nördlich davon mit großer Tapferkeit angriffen, wobei sie allerdings schwere Verluste erlitten, erkannten die Russen nunmehr, daß man ihnen stets die schwersten Aufgaben zuweist und sie dem französisch-englischen Imperialismus opfert. Neuerliche Feststellungen ergaben, daß die russischen Verbände die Stellungen, die man ihnen zuweist, eigenmächtig aufgaben und sich ohne viel Umstände zurückzogen. Das französische Infanterie-Regiment Nr. 120, das die Russen ablösen sollte, fand den betreffenden Stellungsschnitt geräumt vor.

#### Der Hungertypus in Griechenland.

W.B. Berlin, 14. Mai. Aus Zürich wird dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet: Nach Berichten aus Athen breitet sich der Hungertypus in Griechenland immer mehr aus. Nach einer von der Regierung aufgestellten Statistik sind im Januar 20 Personen, im Februar 25 Personen und im März 49 Personen Hungers gestorben. Im April sei die Zahl der Todesfälle noch weiter in die Höhe gegangen.

#### Amerika und der Krieg.

Washington, 13. Mai. (Reuter.) Nach stürmischer Aussprache hat das Repräsentantenhaus seine Vertreter auf der interparlamentarischen Konferenz mit 215 gegen 178 Stimmen beauftragt, den vom Senat gestrichenen Zusatz zum Militärgesetz, der Roosevelt zur Führung einer Division nach Frankreich ermächtigt, wieder herzustellen.

#### Bandervelle über Stockholm.

Stockholm, 13. Mai. In Stockholm traf der belgische sozialistische Minister Vandervelle ein. Er erklärte in einem Interview, er glaube nicht an einen politischen Nutzen der Stockholmer Konferenz, weil hier kein offizielles deutsches Friedensangebot vorgebracht werde, sondern nur ein undurchführbares Parteiprogramm. Wir können schwer die Hand der deutschen sozialdemokratischen Mehrheit ergreifen, solange sie die andere Hand dem deutschen Kaiser reicht. Der Weltkrieg ist eine Revolution, die bis zum Ende durchgeföhrt werden muß.

#### Mehring und der Stockholmer Kongress.

Stockholm, 13. Mai. Bei der hiesigen Vertretung der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei traf ein Brief Franz Mehrings an Tschaidse ein, worin jener mit großer Schärfe die Stockholmer Sozialistenkonferenz als Vertreterin imperialistischer Tendenzen angreift.

## Die Revolution in Rußland.

### Eine kriegerische russische Rede gegen den Imperialismus und Militarismus.

Petersburg, 12. Mai. (W.B. Nichtamtlich.) Meldung der Petersburger Tel.-Ag. In der außerordentlich feierlichen Sitzung der Duma hielt der Abgeordnete Roditschew eine Rede, in welcher er u. a. ausführte:

Die Allianz der freien Völker richtete sich gegen den Druck des Imperialismus und des Militarismus. Daher müssen wir ihr unentwegt treu bleiben. Man sagt uns, man erwarte den Frieden von der Demokratie. Niemand lehnt den Frieden mehr herbei als ich, aber solange der Feind auf dem Boden unseres Vaterlandes ist, ist es die Pflicht der Demokratie, die Pflicht eines jeden, der den Frieden wünscht, gegen den Feind zu kämpfen und ihn von unserem Boden zu vertreiben. Der Sieg ist nötig zur Herstellung des inneren sozialen Friedens. Je vollständiger unser Sieg über den Feind ist, desto größer und nachhaltiger werden die Siege der Demokratie, der Weibern und Arbeiterklassen sein. Denn wenn der deutsche Militarismus nicht beseitigt wird, muß alle Arbeit der kommenden Geschlechter den Rüstungen gewidmet werden. Unsere Freunde, unsere Mitleren und unsere Bekannte sollen wissen, daß Rußland sich freigemacht hat, um den Despotismus und jeden Feind unserer Grenzen wie den unserer Mitleren zu vernichten.

#### Drei neue russische Ministerien.

Petersburg, 12. Mai. (W.B. Nicht amtlich.) Neutermelung. Es verläuft, daß drei neue Ministerien errichtet werden sollen, ein Munitionsmuseum, ein Arbeitsministerium und ein Ministerium für Hilfeleistungen.

#### Der Arbeiter- und Soldatenrat gegen ein Koalitionsministerium.

W.B. Petersburg, 12. Mai. Meldung der Pet. Tel.-Ag. Der ausführende Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates sprach sich mit 23 gegen 22 Stimmen bei acht Stimmenthalten gegen die Teilnahme an Koalitionsministerium aus. Die Frage wird der Generalsammlung des Arbeiterrates vorgelegt werden, wo ein anderes Abstimmungsergebnis wahrscheinlich ist.

## Eine Rede des französischen Munitionsministers im russischen Arbeiterrat.

Petersburg, 14. Mai. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung der Petersburger Tel.-Ag. Der französische Munitionsminister Thomas wurde vorgestern nachmittag vom Vollgussauschuss des Arbeiter- und Soldatenrates empfangen. Nachdem er von dem Vorsitzenden des Ausschusses Tschaidse herzlich begrüßt worden war, wurde Thomas aufgefordert, seinen Standpunkt über die gegenwärtige Lage der Kriegspolitik und den internationalen Sozialismus darzulegen.

In seiner Rede, die nicht weniger als 24 Stunden dauerte, erklärte Thomas, was die öffentliche Meinung Frankreichs von dem neuen Rußland erwarte. Er sagte: Frankreich war manchemal über die Hilfe, die Rußland bringen sollte, beunruhigt. Die französische Demokratie hofft, daß das neue Rußland Frankreich noch besser unterstützen werde. Thomas untersuchte dann die Zerklüftung, die das Wirken der französischen Sozialisten betreffe. Es sei notwendig zu zeigen, auf welchem Wege und unter welchen Bedingungen ein gemeinsames Vorgehen möglich sei. Der französische Minister tabelte die deutschen Mehrheitssozialisten und verwarf die Stockholmer Konferenz, die ohne vorherige Auffassung der gemeinsamen Grundzüge einberufen worden sei. Er erklärte, daß es wünschenswert sei, daß die sozialistischen Parteien aller Länder ihre Grundzüge formulierten. Immerhin dürfte diese Bemühung nicht Gelegenheit zu einer neuen deutschen Intrige geben. Thomas erinnerte an die Ränke der deutschen Sozialdemokraten während des Krieges und fuhr fort: Nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg und der russischen Revolution könnten die Sozialisten des Westens nur in eine Bestätigung der demokratischen Kriegsziele willigen, wenn sie die Gewißheit einer starken Kriegsführung haben. Die Kriegsziele der Demokratie werden niemals von dem französischen (?) Militarismus anerkannt werden. Um die demokratischen Gedanken zu verwickeln, müsse Deutschland durch die Beteiligung aller befreit werden. Die Ausführungen Thomas wurden mit Interesse, ja sogar mit zunehmender Sympathie angehört. Obwohl mehrere der berührten Punkte vom Ausschuss geprüft worden waren und von ihm darüber Beschluß gefaßt worden war, erklärte der Ausschuss, daß er am Montag auf die neuen Fragen antworten werde. Eine neue Zusammenkunft zwischen Thomas und dem Vollgussauschuss werde daher am Montag stattfinden.

#### Lenin gegen den Sonderfrieden.

Stockholm, 13. Mai. Am Montag vergangener Woche trat in Petersburg die Bolschewiki-Partei zusammen. Lenin gab eine Erklärung ab, der Krieg dürfe kein Ende finden, indem nur ein Teil der Kriegführenden die Waffen niederlegt. Der Verteidigungskrieg sei fortzusetzen. In Rußland sei die Macht vollständig in den Händen des Proletariats. Die Regierung habe sich nur durch die Willenslosigkeit des Proletariats, dem es an Selbstbewußtsein fehle. Der Klassenkampf dürfe nicht in einem revolutionären Streit ausarten.

#### Auch Stobelews gegen einen Sonderfrieden.

W.B. Petersburg, 13. Mai. Stobelew, ein Mitglied des Vollgussauschusses des Arbeiter- und Soldatenrates, erklärte: Das ganze russische Proletariat weist mit Entrüstung die Idee eines Sonderfriedens zurück. Jeder Soldat, der um sich zu auszudrücken, einen Sonderfrieden mit Deutschland schließt, wadet der russischen Demokratie. Die Armeemacht ist ein mächtiger und kampfbereiter Organismus. Sie darf sich nicht in den Kampfgräben demobilisieren, sondern sie muß die Offensive ergreifen.

#### Zur Lage in Petersburg.

W.B. Amsterdam, 14. Mai. (Nicht amtlich.) Das Reutersche Büro meldet aus Petersburg: Eine Bande von etwa 30 Anarchisten aus Petersburg und Schlüsselburg, die mit Gewehren, Revolvern und Bomben besetzt war, setzte sich in den Besitz des Hauses des Herzogs von Leuchtenberg, in der Nähe des Theaters, um dort ihr Quartier aufzuschlagen. Sie weigerten sich trotz Weisung des Arbeiter- und Soldatenrates, das Haus zu verlassen. Der Bezirkskommandant hat das Haus von Truppen umstellen lassen. Nach einer weiteren Depesche hat der Kommandant von Petersburg, General Kornilow, seine Entlassung eingereicht.

#### Rücktritt des Petersburger Stadtkommandanten.

W.B. Petersburg, 14. Mai. (Nicht amtlich.) Meldung des Reuterschen Büros. General Kornilow erklärte seinen Rücktritt damit, daß einige Organisationen die Berechtigung zur Kontrolle beanspruchten und mit dem Verlangen der Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates, daß er alle seine Befehle dem Komitee zur Genehmigung unterbreite.

## Aus der Partei.

Durlach. In der Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins am letzten Samstag ergriffte Genosse Horst Bericht von der Landeskonferenz in Offenburg. In etwa 45 Minuten Ausführungen erledigte derselbe seine Aufgabe in vorzüglicher Weise, dabei die hauptsächlichsten Punkte, welche die Konferenz beschäftigt haben, hervorhebend. Der Referent kam zu dem Schlusse, daß die sozialdemokratische Partei Badens in ihrer übergroßen Mehrheit geschlossen hinter der Reichstagsfraktion steht.

In der an die Ausführungen des Referenten sich anschließenden Diskussion, die sich im Sinne des Referats hielt, kam zum Ausdruck, daß die Mitgliedschaft Durlach geschlossen zu den Beschlüssen der Landeskonferenz steht.

Paul Dietrich 7. Aus Leipzig kommt die Trauerkunde, daß Gen. Paul Dietrich, der Geschäftsführer des Bundesgeschäfts des Arbeiter-Turnerbundes (Prima Badhaus u. Dierich) gefallen ist. Gen. Badhaus ist bekanntlich ebenfalls beim Militär gestorben. Durch den Tod Dietrichs verliert der Arbeiter-Turnerbund wiederum einen tüchtigen und bewährten Mitarbeiter, die Partei einen eifrigen Vorkämpfer. Eine seinen Andenken.

## Deutsches Reich.

#### Prinz Alexander zu Hohenlohe über die Anzeigensforderungen der Konservativen.

Prinz Alexander zu Hohenlohe veröffentlicht in der „Neuen Zürcher Zeitung“ einen Artikel über die preußischen Konservativen und den Frieden. Er wendet sich scharf gegen eine auf Annektionen und Kriegsentfähdigungen hinzielende Politik und faßt seine Meinung über die künftige Gestaltung Europas in folgende Sätze zusammen: „Jede Partei, jeder Staatsmann, jeder Mann, der sich nicht verheißt, die die Stimmung des Volkes nicht verstehen können oder nicht hören wollen, werden verschwinden, schneller als sie vielleicht selbst ahnen, und solchen Männern Platz machen müssen, welche die Notwendigkeit der Zeit erkennen.“

Präsident v. Batocki. Bei der großen Knappheit an Getreide hat man die viel zu groß angegebene Bevölkerungszahl zu spät erkannt. Der Schiebewert mit ausländischen Waren treten wir entgegen. In den nächsten Tagen werde ich auch für das ausländische Fleisch die inländischen Preise festsetzen lassen. Die Abnehmer für das teure Auslandsfleisch sind die Gastwirtschaften und die wohlgestellten Familien, die sich nicht scheuen, auf Kosten der Masse ihre Bestände zu ergänsen. Brauchbare Angelegenheiten werden nicht in jeder Straßenbahn und in jeder Untergrundbahn wird davon gesprochen. Trüffeln der Sache näher, dann verjagen die Angaben. Positive Tatsachen sind notwendig. Wir wollen rücksichtslos vorgehen, das Publikum muß aber mitteilen. Die Worte über Knappheit richten sich gegen meinen früheren Kollegen von Oldenburg. Eine Kritik führt zu nichts. Jetzt bin ich dabei, die Kriegsgeldgeschäfte zu revidieren. Unrichtig ist es, daß der preussische Landwirtschaftsminister von Schorlemer Schuld habe an den hohen Futterpreisen. Das Gegenteil ist der Fall. Jede Kartoffel müssen wir für die Ernährung des Volkes haben. Begünstigt die Erzeugungsermehrung werden alle Wünsche nach Möglichkeit erfüllt werden. Der Ausfuhrungen des Abg. Hoff wegen der Abschlägungen brauche ich nicht entgegenzutreten, nachdem sein Parteifreund noch scharf gegen ihn Stellung genommen hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ sollten ihre Artikel umtauschen, dann würden Stadt und Land mehr Verständnis für einander bekommen. Bei Erwägungen der Ernährung sollten politische Ansichten zurücktreten. Gegenseitiges Verständnis müßte viel mehr Platz greifen. Es wäre verhängnisvoll, sollten wir mit der gegenwärtigen Stimmung in den Frieden treten. Hüte man sich vor Ueberreibungen, die die Kritik entwerfen, sonst kommen wir nicht vorwärts, sondern rückwärts und können die wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. Mai. Am Bundesratstag: Reichssekretär Graf Räder, der Staatssekretär des Reichspostamts Krätze und der Präsident des Kriegsernährungsamts von Batocki. Präsident Dr. Rumpff eröffnet die Sitzung 11 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung eines Ergänzungsetzes, Anfordern von 2.400.000 M. als erste Rate für die Erweiterung des Kriegsmunitionsmuseums.

Die Vorlage geht ohne Aussprache an den Hauptauschuss. Sodann wird das Gesetz betr. die Abrogation des Warenverkehrssteuergesetzes in allen drei Lesungen angenommen, ebenso die Novelle zum Postgesetz (Herabsetzung der Entgelte von 50 auf 25 M.) unverändert in allen drei Lesungen. Alsdann wird die Aussprache über die Ernährungsfragen fortgesetzt.

Abg. Stube (Soz.): Die Not der Städte wächst von Tag zu Tag. Auf diesem Gebiet haben die getroffenen Maßnahmen verhältnismäßig wenig Erfolg gehabt. Die Landwirtschaft, die Getreide, Weizen und Roggen müssen unbedingt ebenso angebaut werden wie in Friedenszeiten. Daß im vorigen Jahre die Kartoffeln erfroren nach den Städten gekommen sind, lag an den Landwirten. Beschluß haben sie die Kartoffeln nicht im Herbst geliefert, so lange es nicht an Transportmitteln fehlte? Das Volk darf nicht hungern, ihm dürfen aber auch nicht zu hohe Preise abgenommen werden, wie es seitens der Agrarier gewünscht wird.

Abg. Koch (F. V.): Der Abg. Rupp hat gestern gejagt: Wenn drei oder vier Männer zusammenkommen, dann schimpfen sie auf die Bauern. Nein, dann spielen sie Stat. (Geister). Wir sind doch nicht hier, um uns zu beschimpfen, sondern um Wandel zu schaffen. So wird nichts erreicht. Wir wollen dankbar sein, einen guten Rindviehbestand zu haben, da wir bei einer etwaigen schlechten Ernte auf diese Reserve zurückgreifen können. Das deutsche Volk darf nicht hungern, deshalb muß eine Fleischreserve erhalten werden. Die Lebensmittelknappheit wird mit dem Kriege nicht beendet sein. Bei den Anzeigensforderungen der Landwirtschaft entgegenkommen, die Hoffnungen unserer Feinde auf eine Ausbesserung werden zufruchtbar werden.

Medienburgischer Bundesratsbevollmächtigter Herr v. Brandenstein: Daß die Ritterbürgerschaft weniger schick gehalten werden, als die kleinen Beamten, trifft nicht zu. Medienburg hat seine Schuldigkeit getan. Es hat eben wieder 10.000 Zentner Zuckerrüben abgeliefert und erhebt damit den ganzen Reichbedarf der preussischen Monarchie.

Präsident v. Batocki: Bei der großen Knappheit an Getreide hat man die viel zu groß angegebene Bevölkerungszahl zu spät erkannt. Der Schiebewert mit ausländischen Waren treten wir entgegen. In den nächsten Tagen werde ich auch für das ausländische Fleisch die inländischen Preise festsetzen lassen. Die Abnehmer für das teure Auslandsfleisch sind die Gastwirtschaften und die wohlgestellten Familien, die sich nicht scheuen, auf Kosten der Masse ihre Bestände zu ergänsen. Brauchbare Angelegenheiten werden nicht in jeder Straßenbahn und in jeder Untergrundbahn wird davon gesprochen. Trüffeln der Sache näher, dann verjagen die Angaben. Positive Tatsachen sind notwendig. Wir wollen rücksichtslos vorgehen, das Publikum muß aber mitteilen. Die Worte über Knappheit richten sich gegen meinen früheren Kollegen von Oldenburg. Eine Kritik führt zu nichts. Jetzt bin ich dabei, die Kriegsgeldgeschäfte zu revidieren. Unrichtig ist es, daß der preussische Landwirtschaftsminister von Schorlemer Schuld habe an den hohen Futterpreisen. Das Gegenteil ist der Fall. Jede Kartoffel müssen wir für die Ernährung des Volkes haben. Begünstigt die Erzeugungsermehrung werden alle Wünsche nach Möglichkeit erfüllt werden. Der Ausfuhrungen des Abg. Hoff wegen der Abschlägungen brauche ich nicht entgegenzutreten, nachdem sein Parteifreund noch scharf gegen ihn Stellung genommen hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ sollten ihre Artikel umtauschen, dann würden Stadt und Land mehr Verständnis für einander bekommen. Bei Erwägungen der Ernährung sollten politische Ansichten zurücktreten. Gegenseitiges Verständnis müßte viel mehr Platz greifen. Es wäre verhängnisvoll, sollten wir mit der gegenwärtigen Stimmung in den Frieden treten. Hüte man sich vor Ueberreibungen, die die Kritik entwerfen, sonst kommen wir nicht vorwärts, sondern rückwärts und können die wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen.

Abg. Fels (Nat.): Das Kriegsernährungsamt und sein Präsident sind gewiß von dem allerbesten Willen erfüllt, ihrer Arbeit treu und unerschütterlich entgegen. Es fehlt eben das nötige zur Ernährung. Auch eine Folge der Abschlägungen wird sein, daß wir in der nächsten Zeit überhaupt keine Schweine mehr haben. Die Abschlägung des Rindviehs muß möglichst weit hinausgeschoben werden. Der Viehhandel, der Verband hat in einem Jahre über 200 Millionen Mark an Provisionen eingeholt. Jetzt, wo es auf jede Kleinigkeit ankommt, sollte man die garnisondienlichen Soldaten für die Feldbesetzung beurlauben. Die Beurlaubung der Eier führt wie im vorigen Jahre bei den Zweifeln leicht zur Gefährdung der Ware. Die Höchstpreise sind gut. Es muß aber dafür gesorgt werden, daß die Waren dann nicht verschwinden. In Holland sollen noch große Warenmengen zu Friedenspreisen zu haben sein, weshalb werden sie nicht gekauft? Die Geduld des Publikums in den schweren Monaten ist geradezu ersehnt. Sollen wir, daß wir auch weiterhin die Bevölkerung ernähren können mit dem, was sie braucht. Es muß aber die berechnete Eigenart der Landwirtschaft gewahrt werden, wollen wir die Erträge unserer siegreichen Truppen nicht in letzter Stunde noch in Frage stellen.

Abg. Weintödt (Nat.): Wenn wir nicht auf die Anzeigensforderungen werden durch Waffengewalt, so sorgen unsere Landfrauen dafür, daß auch die Hungererobung uns nichts anhaben kann. Unsere Landwirtschaft hat uns sehr gut geholfen. Durch Hunger soll kein Friede aufgezungen werden. Die Landwirtschaft hat vollkommen ihre Schuldigkeit getan, sie wird sich auch weiter tun.

Abg. Moring (Zentr.): Für die Versorgung muß alles getan werden. Die Landwirtschaft ist stets dazu bereit. Man sollte aber nicht immer nur die Verbraucher und Professoren hören, sondern auch die Praktiker, die Vertreter der Bauernschaft. Selbstverständlich ist es zu begrüßen, wenn der Städter sich für die Produktion interessiert. Sie fordert das gegenseitige Verständnis zwischen Stadt und Land.

Abg. Rumm (D. Fr.): Es ist anzuerkennen, daß man gegen den Getreideverkauf zu Brennweizen immer scharfer angegangen ist.

Präsident v. Batocki. Bei der großen Knappheit an Getreide hat man die viel zu groß angegebene Bevölkerungszahl zu spät erkannt. Der Schiebewert mit ausländischen Waren treten wir entgegen. In den nächsten Tagen werde ich auch für das ausländische Fleisch die inländischen Preise festsetzen lassen. Die Abnehmer für das teure Auslandsfleisch sind die Gastwirtschaften und die wohlgestellten Familien, die sich nicht scheuen, auf Kosten der Masse ihre Bestände zu ergänsen. Brauchbare Angelegenheiten werden nicht in jeder Straßenbahn und in jeder Untergrundbahn wird davon gesprochen. Trüffeln der Sache näher, dann verjagen die Angaben. Positive Tatsachen sind notwendig. Wir wollen rücksichtslos vorgehen, das Publikum muß aber mitteilen. Die Worte über Knappheit richten sich gegen meinen früheren Kollegen von Oldenburg. Eine Kritik führt zu nichts. Jetzt bin ich dabei, die Kriegsgeldgeschäfte zu revidieren. Unrichtig ist es, daß der preussische Landwirtschaftsminister von Schorlemer Schuld habe an den hohen Futterpreisen. Das Gegenteil ist der Fall. Jede Kartoffel müssen wir für die Ernährung des Volkes haben. Begünstigt die Erzeugungsermehrung werden alle Wünsche nach Möglichkeit erfüllt werden. Der Ausfuhrungen des Abg. Hoff wegen der Abschlägungen brauche ich nicht entgegenzutreten, nachdem sein Parteifreund noch scharf gegen ihn Stellung genommen hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ sollten ihre Artikel umtauschen, dann würden Stadt und Land mehr Verständnis für einander bekommen. Bei Erwägungen der Ernährung sollten politische Ansichten zurücktreten. Gegenseitiges Verständnis müßte viel mehr Platz greifen. Es wäre verhängnisvoll, sollten wir mit der gegenwärtigen Stimmung in den Frieden treten. Hüte man sich vor Ueberreibungen, die die Kritik entwerfen, sonst kommen wir nicht vorwärts, sondern rückwärts und können die wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen.

Abg. Stube (Soz.): Die Not der Städte wächst von Tag zu Tag. Auf diesem Gebiet haben die getroffenen Maßnahmen verhältnismäßig wenig Erfolg gehabt. Die Landwirtschaft, die Getreide, Weizen und Roggen müssen unbedingt ebenso angebaut werden wie in Friedenszeiten. Daß im vorigen Jahre die Kartoffeln erfroren nach den Städten gekommen sind, lag an den Landwirten. Beschluß haben sie die Kartoffeln nicht im Herbst geliefert, so lange es nicht an Transportmitteln fehlte? Das Volk darf nicht hungern, ihm dürfen aber auch nicht zu hohe Preise abgenommen werden, wie es seitens der Agrarier gewünscht wird.

Abg. Koch (F. V.): Der Abg. Rupp hat gestern gejagt: Wenn drei oder vier Männer zusammenkommen, dann schimpfen sie auf die Bauern. Nein, dann spielen sie Stat. (Geister). Wir sind doch nicht hier, um uns zu beschimpfen, sondern um Wandel zu schaffen. So wird nichts erreicht. Wir wollen dankbar sein, einen guten Rindviehbestand zu haben, da wir bei einer etwaigen schlechten Ernte auf diese Reserve zurückgreifen können. Das deutsche Volk darf nicht hungern, deshalb muß eine Fleischreserve erhalten werden. Die Lebensmittelknappheit wird mit dem Kriege nicht beendet sein. Bei den Anzeigensforderungen der Landwirtschaft entgegenkommen, die Hoffnungen unserer Feinde auf eine Ausbesserung werden zufruchtbar werden.

Medienburgischer Bundesratsbevollmächtigter Herr v. Brandenstein: Daß die Ritterbürgerschaft weniger schick gehalten werden, als die kleinen Beamten, trifft nicht zu. Medienburg hat seine Schuldigkeit getan. Es hat eben wieder 10.000 Zentner Zuckerrüben abgeliefert und erhebt damit den ganzen Reichbedarf der preussischen Monarchie.

Präsident v. Batocki: Bei der großen Knappheit an Getreide hat man die viel zu groß angegebene Bevölkerungszahl zu spät erkannt. Der Schiebewert mit ausländischen Waren treten wir entgegen. In den nächsten Tagen werde ich auch für das ausländische Fleisch die inländischen Preise festsetzen lassen. Die Abnehmer für das teure Auslandsfleisch sind die Gastwirtschaften und die wohlgestellten Familien, die sich nicht scheuen, auf Kosten der Masse ihre Bestände zu ergänsen. Brauchbare Angelegenheiten werden nicht in jeder Straßenbahn und in jeder Untergrundbahn wird davon gesprochen. Trüffeln der Sache näher, dann verjagen die Angaben. Positive Tatsachen sind notwendig. Wir wollen rücksichtslos vorgehen, das Publikum muß aber mitteilen. Die Worte über Knappheit richten sich gegen meinen früheren Kollegen von Oldenburg. Eine Kritik führt zu nichts. Jetzt bin ich dabei, die Kriegsgeldgeschäfte zu revidieren. Unrichtig ist es, daß der preussische Landwirtschaftsminister von Schorlemer Schuld habe an den hohen Futterpreisen. Das Gegenteil ist der Fall. Jede Kartoffel müssen wir für die Ernährung des Volkes haben. Begünstigt die Erzeugungsermehrung werden alle Wünsche nach Möglichkeit erfüllt werden. Der Ausfuhrungen des Abg. Hoff wegen der Abschlägungen brauche ich nicht entgegenzutreten, nachdem sein Parteifreund noch scharf gegen ihn Stellung genommen hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ sollten ihre Artikel umtauschen, dann würden Stadt und Land mehr Verständnis für einander bekommen. Bei Erwägungen der Ernährung sollten politische Ansichten zurücktreten. Gegenseitiges Verständnis müßte viel mehr Platz greifen. Es wäre verhängnisvoll, sollten wir mit der gegenwärtigen Stimmung in den Frieden treten. Hüte man sich vor Ueberreibungen, die die Kritik entwerfen, sonst kommen wir nicht vorwärts, sondern rückwärts und können die wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen.

Abg. Fels (Nat.): Das Kriegsernährungsamt und sein Präsident sind gewiß von dem allerbesten Willen erfüllt, ihrer Arbeit treu und unerschütterlich entgegen. Es fehlt eben das nötige zur Ernährung. Auch eine Folge der Abschlägungen wird sein, daß wir in der nächsten Zeit überhaupt keine Schweine mehr haben. Die Abschlägung des Rindviehs muß möglichst weit hinausgeschoben werden. Der Viehhandel, der Verband hat in einem Jahre über 200 Millionen Mark an Provisionen eingeholt. Jetzt, wo es auf jede Kleinigkeit ankommt, sollte man die garnisondienlichen Soldaten für die Feldbesetzung beurlauben. Die Beurlaubung der Eier führt wie im vorigen Jahre bei den Zweifeln leicht zur Gefährdung der Ware. Die Höchstpreise sind gut. Es muß aber dafür gesorgt werden, daß die Waren dann nicht verschwinden. In Holland sollen noch große Warenmengen zu Friedenspreisen zu haben sein, weshalb werden sie nicht gekauft? Die Geduld des Publikums in den schweren Monaten ist geradezu ersehnt. Sollen wir, daß wir auch weiterhin die Bevölkerung ernähren können mit dem, was sie braucht. Es muß aber die berechnete Eigenart der Landwirtschaft gewahrt werden, wollen wir die Erträge unserer siegreichen Truppen nicht in letzter Stunde noch in Frage stellen.

Abg. Weintödt (Nat.): Wenn wir nicht auf die Anzeigensforderungen werden durch Waffengewalt, so sorgen unsere Landfrauen dafür, daß auch die Hungererobung uns nichts anhaben kann. Unsere Landwirtschaft hat uns sehr gut geholfen. Durch Hunger soll kein Friede aufgezungen werden. Die Landwirtschaft hat vollkommen ihre Schuldigkeit getan, sie wird sich auch weiter tun.

Abg. Moring (Zentr.): Für die Versorgung muß alles getan werden. Die Landwirtschaft ist stets dazu bereit. Man sollte aber nicht immer nur die Verbraucher und Professoren hören, sondern auch die Praktiker, die Vertreter der Bauernschaft. Selbstverständlich ist es zu begrüßen, wenn der Städter sich für die Produktion interessiert. Sie fordert das gegenseitige Verständnis zwischen Stadt und Land.

Abg. Rumm (D. Fr.): Es ist anzuerkennen, daß man gegen den Getreideverkauf zu Brennweizen immer scharfer angegangen ist.

Präsident v. Batocki. Bei der großen Knappheit an Getreide hat man die viel zu groß angegebene Bevölkerungszahl zu spät erkannt. Der Schiebewert mit ausländischen Waren treten wir entgegen. In den nächsten Tagen werde ich auch für das ausländische Fleisch die inländischen Preise festsetzen lassen. Die Abnehmer für das teure Auslandsfleisch sind die Gastwirtschaften und die wohlgestellten Familien, die sich nicht scheuen, auf Kosten der Masse ihre Bestände zu ergänsen. Brauchbare Angelegenheiten werden nicht in jeder Straßenbahn und in jeder Untergrundbahn wird davon gesprochen. Trüffeln der Sache näher, dann verjagen die Angaben. Positive Tatsachen sind notwendig. Wir wollen rücksichtslos vorgehen, das Publikum muß aber mitteilen. Die Worte über Knappheit richten sich gegen meinen früheren Kollegen von Oldenburg. Eine Kritik führt zu nichts. Jetzt bin ich dabei, die Kriegsgeldgeschäfte zu revidieren. Unrichtig ist es, daß der preussische Landwirtschaftsminister von Schorlemer Schuld habe an den hohen Futterpreisen. Das Gegenteil ist der Fall. Jede Kartoffel müssen wir für die Ernährung des Volkes haben. Begünstigt die Erzeugungsermehrung werden alle Wünsche nach Möglichkeit erfüllt werden. Der Ausfuhrungen des Abg. Hoff wegen der Abschlägungen brauche ich nicht entgegenzutreten, nachdem sein Parteifreund noch scharf gegen ihn Stellung genommen hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ sollten ihre Artikel umtauschen, dann würden Stadt und Land mehr Verständnis für einander bekommen. Bei Erwägungen der Ernährung sollten politische Ansichten zurücktreten. Gegenseitiges Verständnis müßte viel mehr Platz greifen. Es wäre verhängnisvoll, sollten wir mit der gegenwärtigen Stimmung in den Frieden treten. Hüte man sich vor Ueberreibungen, die die Kritik entwerfen, sonst kommen wir nicht vorwärts, sondern rückwärts und können die wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen.

Präsident v. Batocki erklärt: Die Anregungen, die mir noch gemacht worden sind, werden geprüft werden. Die Alkoholgegner machen mit dem Vorwurf, ich hätte die Interessen der Brennereien zu sehr berücksichtigt. Ich muß das Interesse der Allgemeinheit wahren.

Damit schließt die Aussprache. Alle Entschlüsse und Anträge werden angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: (Montag vormittag 11 Uhr. Tagesordnung: Ratifizierung, Ergänzungsetz, dritte Lesung des Etats.

Schluß 3,45 Uhr.

**Das Programm des Reichstags.**

Berlin, 12. Mai. Der Ältestenausschuß des Reichstags hat am Spätnachmittag den vor Beginn der Vollziehung am Vormittag aufgestellten Arbeitsplan wieder geändert. Im Laufe des Nachmittags war der Reichstagspräsident im Hause erschienen und hatte mit dem Präsidenten und mit den Parteiführern Besprechungen gepflogen. Die Ältesten traten darauf erneut zusammen und verständigten sich dahin, daß Montag die dritte Lesung des Etats erledigt werden soll, mit Ausnahme des Etats des Reichstagspräsidenten. Es wurde ein Hebererinnommen aber Parteien darüber erzielt, daß von der Generaldebatte zum Etat Abstand genommen werden soll. Es soll vielmehr sofort in die Erörterung der Einzelsetz eingetreten werden. Am Dienstag werden darauf die Kriegsziele, Interpellationen auf die Tagesordnung gesetzt werden, und ihre Besprechung soll verbunden werden mit der Debatte über die auswärtige Politik. Am Mittwoch kommen die beiden Interpellationen über die Verhältnisse in Eljas-Lothringen auf der Tagesordnung. Deren Besprechung verbunden werden soll mit einer allgemeinen Aussprache über innere Politik. Erst am Donnerstag soll mit dem Etat des Reichstagspräsidenten die 3. Lesung der Etats zu Ende gebracht werden. Genjur und Belagerungsgesetz sollen bereits am Montag mit zur Besprechung gestellt werden.

**Die deutsche Schweinepolitik.**

Aus Berlin schreibt man der „Frankfurter Volksstimme“: „Unsere Viehpolitik hat es nun glücklich dahin gebracht, daß wir mehr Rinder haben als irgendwann in Friedenszeiten. Schweine haben wir weniger denn je, dabei aber seit mehr als einem Jahr einen qualenden Schweinefleischmangel in den Städten. Die Hausfleischungen, die schon im Winter 1915/16 einen ungeheuren Umfang aufzuweisen hatten, waren im Winter 1916/17 noch zahlreicher. Es waren nämlich vorhanden: am 1. September 1916 17 283 000 Schweine, am 1. März 1917 4 449 000 Schweine über 1/2 Jahr.

Von den am 1. September 1916 gezählten Schweinen waren also am 1. März 1917: 12 834 000 nicht mehr am Leben. Für die versorgungsberechtigte Zivilbevölkerung und das Heer sind allerhöchstens 3 Millionen, wahrscheinlich aber nicht mehr als 2 1/2 Millionen Schweine geschlachtet worden. Die Selbstverorger haben also rund 10 Millionen Schweine geschlachtet. In der Sitzung des Beirats des Kriegsernährungsamtes vom 19. Januar 1917 erklärte aber Geheimrat v. Dierckag (vgl. Beiträge zur kommunalen Kriegswirtschaft vom 5. April 1917): „Eine Erhebung über die Zahl der Selbstverorger hat ergeben, daß wir etwa 18 Millionen Schweine geschlachtet haben. Auf diese Selbstverorger entfallen etwa 4 1/2 Millionen Schweine.“ Nun wäre es wahrlich genug gewesen, wenn die Selbstverorger für je vier Personen ein Schwein geschlachtet hätten (wie sie es im Frieden taten). Tatsächlich schlachteten sie aber — was der Reichsfleischstelle leider unbekannt zu sein scheint — für je zwei Personen mehr als ein Schwein. Wieviel Unzufriedenheit hätte sich bemeistern lassen, wenn von den 10 Millionen Schweinen, die von den Selbstverorgern geschlachtet wurden, nur 1 Million den 40 Millionen versorgungsberechtigten durch Rationierung zugute gekommen wäre!“

Wenige, vielleicht keiner unserer Leser werden diese Mitteilungen lesen, ohne einen kräftigen Fluch auszustößen. Natürlich mußte jeder, daß in der Volksklasse der Selbstverorger der ärgste Schmutz getrieben worden ist, woher könnten sonst die reichen Leute und die Leute, die zu Landwirten Beziehungen haben, sich versorgen; woher käme die „Auslandsware“, die um sehr schweres Geld feil ist; wie könnten seine Speisewirtschaften es einrichten, ganze Gastmähler mit Fleisch aufzutischen, wo entweder zum Schein für einen winzigen Teil des Fleischverzehrs Fleischmarken genommen werden oder auch das Ganze „marfenfrei“ geht. Woher käme das alles, wenn nicht aus Schieberungen. Daß es aber so toll herging, hatte der Mißtrauischste nicht erwartet. Himmel Donnerwetter — ist kein Gröner da?

**Genossenschaftsbewegung.**

**7. Verbandstag süddeutscher Konsumvereine.**

k. Soden a. T., 5. Mai.

Die Tagung ist von 185 Delegierten und zahlreichen Gästen, darunter Vertreter von Staats- und Gemeindeförderung, besucht. Nach den üblichen Begrüßungsreden referierte Verbandssekretär Albert (Rudwigsbühl a. Rh.) über **Mitwirkung und Berücksichtigung der Konsumgenossenschaften bei der Regelung der Lebensmittelversorgung.** Er verwies einleitend auf den von Jahr zu Jahr steigenden Jutrom zu den Konsumvereinen und zeigte dann, wie deren Tätigkeit zum Vorteil der Verbraucher gereicht. Die Konsumvereine im Bezirk arbeiten mit einem Unkostenfuß von 8,2 Prozent; ein außerordentlich günstiges Ergebnis, das in einem Privatbetrieb kaum erzielt wird. Die Tätigkeit der Konsumvereine liegt auch im öffentlichen Interesse. Zahlreiche Vertreter der Genossenschaften wirkten in den Gemeinden bei der Lebensmittelversorgung mit. In vielen Kommunen konnte bei der Verteilung der Lebensmittel eine Benachteiligung der Konsumvereine und Bevorzugung der Händler festgestellt werden. Wir verlangen, jagte der Referent, keine Bevorzugung, die Verteilung soll aber gerecht nach dem Stand der Kunden erfolgen. Das Sekretariat hat über diesen Punkt eine Umfrage erlassen, deren Ergebnis ergibt, daß in allen Landesteilen des Bezirks Kommunalverbände vorhanden sind, die der gemeinnützigen Mitarbeit der Konsumvereine auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung feindlich gegenüberstehen. Mehrere zeigt traurige Fälle, wie manche Gemeinden das Kriegsgeld, haben den Konsumvereinen eine gerechte Berücksichtigung zugehen lassen. Die Konsumvereine haben überall Wert darauf gelegt, daß die Verteilung der Lebensmittel durch das Kundenlisten-system erfolge, da dies am gerechtesten ist. Mit dem Bestellverfahren, das „verbesserte System“ der Kundenliste, haben die Konsumvereine gute Erfahrungen gemacht. Viele Gemeinden haben es eingeführt, in Hessen ist es obligatorisch. Der Verbraucher hat beim Bestellverfahren mehr freie Hand. Die tatsächliche Bewirtschaftung der Lebensmittel wird noch Jahre anhalten. Sorgen wir dafür, daß wir überall unserer Stärke entsprechend berücksichtigt werden. (Lebhafte Beifall.)

In der Aussprache wurde verlangt, daß der Kampf für die Einführung der Kundenliste nach dem Vorbildverfahren entschieden geführt werde. Die Konsumvereine müßten noch mehr als bisher wirken, in den Lebensmittelkommissionen vertreten zu sein.

Ueber die **Veranlagung und Erhebung der Kriegsteuern** sprach hierauf v. Auer (Mainz). Der Krieg habe eine Verteuerung indirekter Art von bisher nie gekannter Höhe gebracht: 1 1/2 Milliarden Mark neuer Steuern. Daß diese Steuern gerecht und volkswirtschaftlich einwandfrei seien, könne man nicht sagen. Der Redner gab dann eine systematische Darstellung der Steuern, die für die Konsumvereine in Betracht kommen: die direkte Kriegsteuer. Er behandelte eingehend das Gesetz über den Warenumschlagstempel und die Kriegsgewinnsteuer.

Nach einer kurzen Diskussion wurden die Verhandlungen vertagt.

Im zweiten Verhandlungstag wurde der Bericht über das Geschäftsjahr 1916 entgegengenommen. Für den Vorstand berichtete Vorsitzender Liebmann (Frankfurt a. M.). Die Vereine hätten die Kriegszeit bisher gut überstanden, es sei zu hoffen, daß sie auch den Rest des Krieges gut überleben.

Die Referenten in den Vereinen sollten in reichem Maße gesteigert werden. Liebmann verbreitete sich dann über die Aufgaben der Genossenschaften nach dem Kriege. Er macht folgende Vorschläge für den Ausbau der Vereine: Die Warengeschäfte sollten den Bedürfnissen der Verbraucher mehr entsprechen, die Waren reichhaltiger werden. Für den Verkauf seien u. a. noch aufzunehmen: Drogen und Artikel der Gesundheitspflege, Delikatessen, Weine, Woll- und Kurzwaren, Obst und Gemüse, Schuhwaren. Die Eigenproduktion sollte wesentlich ausgebaut werden und umfassen: Bäckerei, Konditorei, Weingeist, Limonaden und Warenfabrikationen, Sauerkrautfabrikation, Gurken-einlegerei. Als gemeinsame Eigenproduktion und Aufgaben bezeichnet der Referent: Schlachtereibetrieb für Wurst und Fleischwaren, Bierbrauereien, Marmelade, Geleedeherei und Konservenfabrikation, Schaffung einer organischen Verbindung mit den landwirtschaftlichen Produzenten zur regelmäßigen Lieferung der notwendigen Waren (Kartoffeln, Weizen, Gerste, Rüben, Futtermittel, Gerste, Safer usw.). Sobald nach Beendigung des Krieges die Verhältnisse sich überblicken lassen, müsse an die Neugestaltung herangegangen und die Reformen mit aller Kraft und Energie durchgeführt werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Den Sekretariatsbericht gab Albert, der hauptsächlich die Revisionen der Vereine besprach.

An die Referate schloß sich eine längere Aussprache, in der den Vorschlägen von Liebmann allgemein zugestimmt wurde. Der Vertreter der GEB, Würfel (Samburg), mahnte zur Vorsicht in der Ausgestaltung der Eigenproduktion. Einer Zersplitterung müßte vorgebeugt werden. Bauer (Mainz) empfahl, die Milch- und Kohlenversorgung gemeinschaftlich mit den Gemeinden durchzuführen. Davor wurde von andern Rednern, Kemmele (Mannheim) und Feuerstein (Stuttgart) gewarnt. Die Milchversorgung sei Aufgabe der Gemeinden. Prof. Staudinger empfahl, eigenen Grund und Boden zu beschaffen, damit man nicht lahmgelegt werden könne. Wästel (Samburg) behandelte die Frage, ob die Konsumvereine als kriegerische Betriebe anzusehen sind. Es sei zu empfehlen, sobald jemand zum Hilfsdienst einberufen werde, beim Feststellungsausschuß zu beantragen, daß der Betrieb als kriegerisch angesehen wird. Daneben sei beim Einberufungsausschuß die Zurückziehung der Einberufung zu beantragen.

Nach einem Vortrag über die Zulassung mehrerer Geschäftsanteile und der Verzinsung der Geschäftsanteile wurde die Jahresrechnung und der Voranschlag für 1917 genehmigt.

Die ausstehenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt und die Bestimmung des Ortes des nächsten Verbandstages dem Vorstand überlassen.

Damit waren die Arbeiten erledigt.

**Baden.**

**Arbeitshilfe für die Landwirtschaft.** Durch eine Verordnung des stellv. komm. Generals des 14. A. K. werden zur Sicherstellung der notwendigen Feldarbeiten und der Ernte die Bürgermeisterämter ermächtigt, im Bedarfsfalle an höchstens zwei Tagen in der Woche die nicht unmittelbar aufeinanderfolgenden Bürger, die Schließung der in ihrer Gemeinde befindlichen Zigarren- und Tabakfabriken anzuordnen. Bis auf weiteres wird die Arbeitszeit in den Zigarren- und Tabakfabriken wie folgt festgesetzt: Montags bis Freitags von 8 bis 12 Uhr vorm. und 1 bis 4 Uhr nachm., Samstags von 8 bis 12 Uhr vorm., nachmittags geschlossen. Die Verordnung findet keine Anwendung auf die Städte Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Freiburg, Offenburg, Bruchsal, Rahr, Konstanz.

Ferner hat der stellv. komm. General des 14. A. K. mit sofortiger Wirkung bestimmt, daß männlichen und weiblichen Personen, die in der Land- oder Forstwirtschaft beschäftigt sind, verboten ist, ohne schriftliche Genehmigung des Bürgermeisters in eine andere als land- oder forstwirtschaftliche Beschäftigung überzutreten. Ebenso dürfen in Gemeinden von weniger als 4000 Einwohnern jugendliche Personen, die bisher noch in keinem Arbeitsverhältnis standen, ohne schriftliche Genehmigung des Bürgermeisters eine andere als

**Aus meinem Tagebuch 1916.**

Vor Jakobstadt.

Von Brigademeister Kilisli (Baden).

25. Januar: Zum erstenmal auf Artillerie-Beobachtung in dieser Stellung. Die Beobachtung liegt im Schützengraben, der sich am Rande eines Tannenwaldes hinzieht. Davor der Sumpf, der uns vom Feinde trennt. Tiefste Ruhe. Nur ab und zu, ganz in der Ferne, ein schüchternes Geräusch. Der weichschimmernde Wald ist unter den sorglichen Händen sibirischer Infanteristen zur Stützungsanlage geworden. Gepflanzte Plade, artige Brüdchen über den Graben, anmutige Birkenlauben und saubere Blockhäuser sind geschaffen, zwischen denen zwei oder drei schützlichere Unterstände ein gmedloses Dasein zu führen scheinen. Vom Hochstand ist sogar manchmal im Hintergrunde ein Ruffe zu sehen, aber man muß Glück haben. Abends hört man einen eigentümlichen gedämpften, langsam verklingenden Ton wie von einem Waldhorn. Das sind die Dünamämpfer.

Und die gemühten Mannschaften. Immer bergnüt und freundlich. Besonders der Zugführer. Der war bisher bei Bagage und hatte noch kein „E.“

15. März: Nichts Neues.

16. März: Gerüchte schleichen umher und iragen sich nur über und dort hervor. Niemand weiß Bestimmtes, jeder erzählt sich seiner glaubts. Der Ruffe soll hier angreifen. Sind es Bagage-Schauerwärtchen? Vorläufig ist alles ruhig.

17. März: Die Gerüchte bestärken sich, höchste Alarmbereitschaft wird befohlen. Der Ausbau einer Grabengeschützstellung wird in fieberhafter Arbeit fertiggestellt, das Geschütz in der Nacht mit vieler Mühe vorbugigiert und in Stellung gebracht. Der Feind bleibt still; hat man sich getäuscht?

18. März: Der Gegner schießt Patronen vor, der Zugführer legt sich allein auf die Lauer. Vergebens.

19. März: Siffst bumm! Donnerwetter, Panje schießt! und gleich mit „Schwern!“ 20 Schuß sind es im ganzen, einer hat ein bißchen Hochstand, ein anderer ein Grabenstückchen mitgehen heißen. Offenbar Einzige. Also doch! Nur ruhig Blut, sagt der Zugführer, heute abend gibts freies Grog. Abends küssen wieder Patronen vor.

20. März: Der Ruffe beehet uns vormittags mit leichten Schüssen. Ein Heberläufer kommt. In der Nacht noch werde angegriffen, behauptet er, aber morgen. Morgens 4 Uhr: Endlich sind die neugelegten Fernsprecheinrichtungen fertig. Nun mag er kommen! Ein Offizier der Batterie bleibt bei uns.

21. März: Das waren zwei Tage! Frühjahrsanfang 1916, an dich denke ich mein Leben lang! Früh um 3/7 Uhr stürzte

los wie aus tausend Gegeffeln. Ein Feuermeer, ein Heulen und Säulen. Mühsam erreichte ich mit dem Telephon den nächsten „Schützlichen“. Gestürzte Stämme erschauern den Weg. Keine Verbindung! Kein Zusammenhang mehr mit der Batterie, die unsere ganze Hoffnung ist und die allein für uns wirken kann. Also heraus in die lodernde Hölle und Draht heffelt. Lieber schöner Wald, wie siehst du aus! Deine Bäume sind gefallen oder lehnen todwund aneinander. Deine Wege sind zerstampft. Und ihr Birkenlauben, hat euch der Boden verdrückt? Schützengraben, warst du je vorhanden? Alles ist gleich, alles aufgewühlt, beist mit Sprengstücken und zerplitterten Metten. Der weiße Schnee ist zur gelblichmühsigen Masse geworden, gelb werden auch Kleider und Körper. Die Pulverdämpfe rauben den Atem. — Und der Draht! Nide ihn, wer kann! In fliegender Hast legen wir neuen aus. Zwei Minuten Verbindung mit der Batterie, sie ist verständigt, weiß, daß wir noch leben. Dann wieder die lähmende Stille im Apparat. Gott, will denn dieser Tag kein Ende nehmen? Endlich um 2 Uhr kommen sie, in Schneemanteln. Das Artilleriefeuer wird zurückverlegt. Nun los, um Himmelswillen. los, stellt Verbindung her mit der Batterie, sonst . . . .

Vergebliche Mühe. Einmal gefickt und hundertmal gerückt, immer wieder von neuem gerückt. Wie soll das enden? Hören wir recht, trägt uns ein Wahn? Die Batterie schießt, schießt gut, trifft! Schiebt nach dem Klang des Maschinengewehrfeuers! Der Ruffe weicht. Infanterie und Maschinengewehre räumen grausam unter ihm auf. Und wieder überhüpft er uns mit Granaten, wieder greift er an und wieder muß er zurück. Erst als die Dämmerung kommt, wirds ruhiger. Alles atmet auf. Die Berlyte sind wider Erwarten gering. Aber den fröhlichen Zugführer hats gefaßt. Kopfschütt. Armer Kerl! Das „E. K.“ hat du nicht mehr erlebt.

Die Nacht vergeht im Legen von neuen Fernsprechdrähten. Mit Leitungen auf verschiedenen Wegen führen nun nach rückwärts. Eine wird doch wenigstens halten! 12 Uhr. Markerschütterndes Getöse durchheißt die Nacht. Das Drahtverhau ist in die Luft gesprengt. Dann tiefe Ruhe. Frühjahrsanfang ist aus. Verstärkungen kommen.

Der 22. März: Alles wie Tags vorher. Es schießt aus zahlreichen Rohren, Minen bahnen sich rauchend ihren Weg. Der Hochstand ist gerückt, kein Unterstand steht mehr, nur unserer hat getrotzt. Er ist heil bis auf eine leichte Verwundung am Kamin. Aber er ist begraben unter einem Chaos von Eisstücken, Erdklumpen und Holzstücken und fast nicht mehr zu finden.

Batterie, Grabengeschütz, Maschinengewehr, Musikette, ist halt ganze Arbeit getan! — Wir werden abgeholt.

25. März: Freische Truppenmassen kommen, Infanterie und Artillerie. Aber sie sind nicht mehr nötig. Wir haben einen

**Unterhaltung und Belehrung**

Wie in Rußland eine neue Stadt entsteht. Gegenwärtig wird in Rußland der Endpunkt der neuen Murmanbahnlinie am Gestade des Nordischen Eismeres, die Stadt Romanow, wie sie bis jetzt zu Ehren der Dynastie des verjagten Zaren geheißen, gegründet. Diese Stadt kommt an Stelle des früheren Endpunktes Alexandrowsk zu stehen, die dem russischen Staat seither 1 1/2 Millionen Rubel gekostet hat. In der von Dr. Fall Schupp herausgegebenen „Osteuropäischen Zukunft“ (H. F. Lehmanns Verlag, München) schildert Hans Dohmann, wie die neue Stadt im fahlen Zwielicht der langen Polarnacht entsteht. Während des ganzen Winters, seit Monaten, arbeiten Maurer, Schlosser, Zimmerleute und Ingenieure Tag und Nacht bei elektrischem Licht. Der russische Kriegsberichterstatler des „Ruffeje Slowo“ weiß auch von den deutlichen Kriegsgefangenen zu berichten, die hier unter menschenunwürdigen Verhältnissen Fronarbeit zu leisten haben. Zwischen trostlos grauen Eisenscheffeln brandet dort immer gleich die glasklare, tiefgrüne Blut des nordischen Meeres, und nur, wenn einmal leuchtendes Nordlicht seinen Strahlenbogen über den fernen Horizont spannt, gleitet bläulicher Schimmer über die traurige Einsamkeit der See und über die wenigen armligen Siedlungs-lappländischer Fischer am Rande der toten Küste. Es ist ein Gründungsfeber über die Leute gekommen, wie einst, als die sibirische Bahn dem Interneher unbekannte Möglichkeiten eröffnete, und nahe dem Nordpol wird wahrscheinlich demnächst ein turlebiges, helzgebautes russisches Neuhort dort emporwachsen, wo die neue Stadt rund um eine kleine hölzerne Kirche stehen entsteht. Ob sie freilich den Namen Romanow behalten wird, ist mehr als zweifelhaft. Heute schon werden ungezählte Murman-Aliengesellschaften gegründet und englisches Kapital, von dem Abdruck der deutschen Konkurrenz vorerst befreit, reißt Schwindelgeschäfte an Schwindelgeschäfte. Besonders lockt der Waldreichtum der unendlichen Tundren, durch die der Murmanschenstrom fließt. Die Interneher rechnen damit, daß allein 33 Millionen Morgen Land im Gouvernement Archangelsk Exportholz liefern können, wovon man sich eine jährliche Ausfuhr von 1 1/2 Milliarden Rubel verspricht. Trotzdem wird die ganze Murmanbahn bald ein ausgeträumte Utopie sein, wenn Rußlands andere Ausfuhrwege wieder eröffnet sind. Mittlerweile aber werden viele Millionen in die Tundrenjümpe der Kolobalbinsel gesteckt. Englische Interneher machen ein Bombengeschäft und die Lappländer verfluchen den sichverschleudenden Lärm der Maschinen.

land- oder forstwirtschaftliche Beschäftigung nicht annehmen. Jede männliche oder weibliche Person ist verpflichtet, auf Aufforderung des Bezirksamts im Bezirk ihrer Wohnortsgemeinde oder einer Nachbargemeinde gegen den ordnungsgemäßen Lohn eine land- oder forstwirtschaftliche Arbeit insofern zu übernehmen, als es ohne wesentliche Schädigung ihrer eigenen Verhältnisse geschehen kann.

oc. Durlach, 13. Mai. Die schon betagte jahreswürdige Rentnerin Mina Gräbner wurde in der Hauptstraße von der elektrischen Straßenbahn überfahren und getötet.

oc. Pforzheim, 13. Mai. Wegen Milchfälschung verurteilte das Schöffengericht die Ehefrau Ernst Wilhelm Kern aus Niersbach zu 20 M Geldstrafe, die Ehefrau Friedrich Gidele aus Niersbach zu 40 M und die Witwe Ludwig Bachmann aus Niersbach zu 10 M Geldstrafe. Sie hatten Milch in den Handel gebracht, die zum Teil stark gewässert war.

oc. Pforzheim, 12. Mai. Der Stadtrat hat dem Bürgerausschuss eine Vorlage zugehen lassen, wonach zu den bisher 6 1/2 Millionen Mark für Kriegskosten aufwendungen eine weitere Million Mark für die nächsten Monate zur Verfügung gestellt werden soll. Da gegenwärtig Anleihen nicht aufgenommen werden können, und über die 1912er Anleihe von 10 Millionen Mark schon verfügt ist, so hilft man sich mit jenen, schwebenden Schulden. Insgesamt wurden auf diese Art 19 1/2 Millionen Mark aufgenommen.

oc. Ottenhöfen bei Achem, 13. Mai. Bei der kürzlichen Holzversteigerung wurden ganz unnütze Preise geboten. So wurde z. B. für sechs Ster Buchenholz 199 M erlöst. Wenn die Landwirte sich selbst gegenseitig in die Höhe steigern, helfen alle beschwerlichen Verordnungen nichts.

oc. Lahr, 13. Mai. Die Stadtbewehrung hatte, um zu verhindern, daß die Brennholzpreise bei den Versteigerungen in die Höhe getrieben werden, bestimmt, daß nur Einwohner der Stadt zu Steigern zugelassen werden. Der Zweck wurde durch diese Maßregel nicht erreicht. Bei der letzten Holzversteigerung wurden die Holzpreise wiederum ganz unnützig in die Höhe getrieben: für 1 Kasten buchenes Scheitholz wurden bis zu 114 M, für ein Kasten Prügel bis zu 92 M geboten, so daß der Anschlag um 60 Prozent überstiegen wurde.

oc. Freiburg, 11. Mai. Das neueste Anzeigeblatt für die Erzdiözese Freiburg enthält den Hiferuf der Bischöfe des Litauischen Volkes an die Bischöfe und Katholiken aller Länder um Hilfe in schwerer Kriegsnot, von welcher Litauen heimgejagt worden ist. Mehr als 400 000 heimische Herde, ganze Gebiete sind kahlstüchlich zur Wüste geworden. Der materielle Schaden zählt nach Millionen. Eine halbe Million der Bevölkerung wurde gezwungen, das Land zu verlassen. Erzbischof Dr. Köberer hat angeordnet, daß dieser Hiferuf am Sonntag, 13. Mai, von den Hauptgottesdiensten für die schwer heimgejagten Gebiete berichtet und eine Sammlung für die notleidenden Katholiken in Litauen abgehalten wird.

oc. Freiburg, 13. Mai. Letzter Tage konnte Schwester Kandida ihr 40jähriges Jubiläum als Oberin der großen Mission (Univeritätskloster) in Freiburg begehen. Der Stadtrat und der Verwaltungsrat überreichten der Schwester herzliche Glückwünsche.

oc. Balingen, 13. Mai. In dem benachbarten Mönchweiler suchte eine 34jährige Landwirtin sich und ihre beiden Kinder aus der Welt zu schaffen. Sie schloß sich mit den beiden Kindern in einem Zimmer ein und steckte das Bett in Brand. Nachdem dies aber nicht zum Ziele führte, verließ die Bedauernswerte in angebranntem Zustand ihre Wohnung und stürzte sich in einen Weiher, wo sie ertrank. Die beiden Kinder blieben unversehrt.

**Quo vadis?** Der Pariser Korrespondent der Amsterdamer "Nij" schreibt: "Die Anbetung der Entenschnitten in der Kapelle des heiligen Herzens in Paray-le-Monial hat unter großer Teilnahme von offiziellen und nichtoffiziellen Personen stattgefunden. Die Zeremonie verlief folgendermaßen: In einer Prozession wurden erst die Fahnen herumgetragen, daran die von Frankreich, dann die 1915 vom Direktor des philosophischen Instituts in Löwen Monsignore Deploige angebotene und vom Papst gesegnete belgische, die italienische, die bei der Eroberung von Singtau geweihte hat, die rumänische, russische, polnische, serbische und englische. Nach einer Bewillkommungsansprache des Bischofs von Autun und einer glühenden Rede des Kardinals Bourne fand die feierliche Anbetung der Fahnen statt, wodurch die verbündeten Länder dem heiligen Herzen geweiht wurden. Die Feierlichkeit wurde durch einen dramatischen Dialog zwischen Kardinal Bourne und den verschiedenen Fahnenträgern beschlossen, wobei diese eine Art Glaubensbekenntnis wiederholten, das den Schluß der Rede des Kardinals gebildet hatte". Der Bericht zeigt auf seine Weise die Autorität einer Weisheitslehre, wie man sie in der Diözese von Autun wohl seit den Zeiten Kaiser Karls nicht gekannt haben dürfte. Denn abgesehen von der französischen, belgischen und italienischen sind es Fahnen lehrreicher Nationen, die da geweiht worden sind. Am seltsamsten mutet bei dieser Zeremonie die japanische Fahne an. Denn die Religion der Japaner ist eine Mischung des Schintoismus, einer Natur- und Ahnenverehrung mit ausgesprochen heidnischen Mythologie, und des Buddhismus. Dazu kommt, daß in Japan der Kaiser als Abkömmling der Sonnengöttin göttliche Verehrung genießt, also etwa die Rolle spielt, die die späteren römischen Kaiser beanspruchten, und deren Nichtanerkenntnis den großen Konflikt zwischen dem römischen Staat und den Christen erst hervorgerufen hat. Wären die Christen jener Zeit so entgegenkommend gewesen wie ihre Nachkommen, die der heidnischen Staatsfahne Japans die geschilderte Zeremonie gönnen, wäre die Menschheit um die schönsten Märtyrergeschichten gekommen. Die Feierlichkeit in Paray-le-Monial eröffnet allerdings Ausichten. Wir werden ohne allzu große Verwunderung Freimaurerzeremonien kirchlich geweiht sehen. Die Politik erweist sich eben stärker als die Religion.

**Theater und Musik.**

osttheater. Wegen Erkrankung von Frau Ermarth muß die Vorstellung "Sonna" (A. 57) vom Montag, 14. Mai, auf Freitag, 18. Mai, verlegt werden. Dafür findet am Montag, 14. Mai, eine Vorstellung von "Die verlorene Tochter" (A. 58) statt. Aus dem gleichen Grunde müssen die Proben zu Schafspears "Wie es Euch gefällt", um die Aufführung bis zur Wiederherstellung von Frau Ermarth verschoben werden. Statt dessen wird zunächst Adelburgs "Weg zur Hölle" studiert werden.

Die deutschen Bühnenschriftsteller für das Rote Kreuz. Eine große Anzahl Dramatiker und Komponisten haben auf Anregung des Verbandes Deutscher Bühnenschriftsteller auf die Auferstehung eines Spielabends zugunsten des Roten Kreuzes verzichtet. An dieser künstlerische beteiligen sich u. a.: Raoul Ullrich, Hans Brenner, Max Dreher, Georg Engel, Ludwig Filla, Paul Grabin, Gerhart Hauptmann, Wilhelm Kienzl, Jean Rena, Franz Rehar, Rudolf Rolf, Otto Reitel, Rudolf Reiser, Hans Müller, Max von Schilling, Arthur Schnitzler, Leo Walter Stein, Hermann Sudermann, Siegfried Trebitsch, Anton Wildgans, Stephan Zweig.

oc. Bannhof, 13. Mai. Oberförster Hartwig hatte den Fliegerhelden Mittelmeister Freiherrn v. Nischhofen zum Abschiede eines Auerhahns geladen. Der hiesige Männergesangsverein brachte dem erfolgreichen Kampfflieger ein Ständchen. — Hauptmann v. Rofor schloß bei Bannhof einen prächtigen Auerhahn.

oc. Bannhof, 13. Mai. Beim Spielen mit anderen Kindern fiel das fünfjährige Söhnchen des Wehners Stritt ins Wasser. Das Kind ertrank.

oc. Schopfheim, 13. Mai. Die ledige Frieda Wurtz horn aus Miesel wurde vom hiesigen Schöffengericht wegen unerlaubten Verkehrs mit Kriegsgefangenen zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Berufung gegen das Urteil wurde von der Strafkammer zu Waldshut verworfen.

oc. Heberlingen, 13. Mai. Ein 20jähriges Mädchen aus Schwemlingen sprang in den See. Es konnte gerettet werden.

oc. Konstanz, 13. Mai. Im Langensee hat man eine Forelle von 11 Kilo Gewicht gefangen und einen Hecht von 13 Kilo, in dessen Innern sich eine Forelle von 2 Pfund befand.

oc. Heidenberg, 13. Mai. Einen Fischotter von einem Viertelgänger hat der Fischer Jakob Ueberle von Neuenheim gefangen.

oc. Mannheim, 13. Mai. Auf das Ersuchen des Groß- Unterrichtsministeriums an den Stadtrat und die städtische Schulkommission um eine gutachtliche Beurteilung über die ungeteilte Schulpflicht haben der Stadtrat und Schulkommission geantwortet, daß erhebliche Gründe für die ungeteilte Schulpflicht, wichtige Gründe aber auch dagegen sprechen, die insbesondere solange ins Gewicht fallen, als nicht eine einheitliche Arbeitszeit auch für die Privat- und Fabrikbetriebe besteht. Es empfiehlt sich daher, in der allgemeinen Einführung der ungeteilten Schulpflicht eine abwartende Stellung einzunehmen.

oc. Mannheim, 13. Mai. Ein interessanter Butterprozeß beschäftigt getern das hiesige Schöffengericht. Angeklagt war das Mannheimer Lebensmittelamt bezug der verantwortliche Leiter desselben Direktor Dr. Barisch wegen Vergehen gegen die Höchstpreisverordnung. Die Anklage warf Direktor Barisch vor, daß er im Juni 1916 in der Mannheimer Milchzentrale Landbutter mit Molkereibutter bearbeitete und diese Mischbutter als Tafelbutter zum Preise von 2,07 M per Pfund in den Verkehr bringen ließ, während der damalige Höchstpreis für Landbutter 2.— M per Pfund betrug. In der Verhandlung wurde dann u. a. festgestellt, daß die Stadt Mannheim im Jahre 1916 am Buttergeschäft rund 48 000 M eingebracht habe. Das Gericht sprach schließlich gegen Dr. Barisch eine Geldstrafe von 100 M aus.

Der Schwindel der sogenannten Wismarer Kriegsprobezeit. Trotzdem bereits vor längerer Zeit in den Blättern vor dem Schwindel der sogenannten Wismarer Kriegsprobezeit auch weiterhin Umgang getrieben. Vielfach wird sie in werbefähiger Weise in Briefen an Privatadressen versandt und es ist anzunehmen, daß Leichtgläubige immer wieder darauf hereinfallen. Auf Grund von Mitteilungen der zuständigen Wismarer Stadtbehörden sei darum nochmals festgestellt, daß an dem ganzen Gerede von einer in Wismar aufgefundenen Kriegsprobezeit aus dem Jahre 1916, die angeblich jetzt im Wismarer Rathaus aufbewahrt wird, kein wahres Wort ist.

**Unsere Mitarbeit.**

Aus Eisenbahnerkreisen wird uns geschrieben:

Der Krieg hat auf allen Gebieten neue Formen geschaffen. Ob wir nun die Veränderungen der Fernerzeugung, Lebensmittelverteilung überleben, oder die reine Dienstverrichtung bei den Eisenbahnern dabei und in den besetzten Gebieten, oder die veränderten Lebensverhältnisse des Verkehrspersonals überleben, die neuen Zustände basieren auf einem ungeheuren Vorwissen- und Paragrapphen-Apparat. Es kann keine Frage sein, daß wir auf diesem Wege in Deutschland nicht weiterkommen dürfen, wenn wir nicht eine Vergewaltigung von Lebensenergien herbeiführen wollen, wenn wir nicht aus einer allzuverzweigten Organisationsweise zu einer Desorganisation gelangen wollen.

Der nur einmal alles das, was innerhalb der Eisenbahnverwaltungen während der Kriegszeit auf sozialem Gebiet angestrebt und in einzelnen Zeitabschnitten eingeführt wurde, überlebt, und mit dem vergleicht, was wirklich erreicht wurde, der kann sich der Ansicht nicht verschließen, daß das Erreichte in keinem Verhältnis zu dem Aufwand von Stoktischen, Nachwehungen, Verfügungen, Erlassen, Bestimmungen steht, die sich in der Kriegszeit auf den Tischen der Eisenbahnbehörden angehäuft haben. Wer wollte bestreiten, daß das alles, und noch viel mehr, besser erreicht worden wäre, wenn die Eisenbahnverwaltungen von ihrem alten Standpunkt der Unnahbarkeit mehr abgewichen wären, und sich des Rates und der Mitarbeit einer Verkehrspersonalorganisation bedient hätte, die im Verlaufe dieses Krieges und bereits früher bewiesen hat, daß sie für großzügige Sozialpolitik das richtige Verständnis hat.

Auf die abschüssigen Wege, die das Verkehrspersonal auf eine so niedere Basis seiner wirtschaftlichen Stellung führten, konnten die Verwaltungen nur kommen, weil sie die Fühlung mit dem Personal im Laufe der Zeit vollständig verloren hatten. Der Vorsteher eines kleinen Bahnhofes kann kein Personal übersehen und weiß zur Not, wo ihn der Schuh drückt; nicht der Fall ist dies jedoch bei dem Vorsteher eines mittleren oder größeren Bahnhofes, einer Werkstätte, eines Maschinenamtes. Ganz unmöglich ist es für die obersten Stellen einer Eisenbahnverwaltung, sich auch nur einigermaßen eingehend über die Personalverhältnisse zu orientieren. Tatsächlich liegen die Verhältnisse an den Zentralen so, daß die Beamten, die die Lohnordnungen oder die Bestimmungen über Dienst- und Ruhezeit usw. bearbeiteten, sich nur vom "grünen Tische" aus orientieren. Man muß dies alles mit ansehen haben, um zu solchem Urteil zu kommen. Auch wenn manchmal der redliche Wille vorliegt, etwas gutes und zweckmäßiges auf sozialem Gebiet zu leisten, fehlt es oft an Können. Wie sollte auch ein Beamter sich im Handumdrehen zu einem praktischen Organisator auf dem Personalgebiete umwandeln können! So entstehen denn oft diese Verfügungen, die vom Personal mit Kopfschütteln aufgenommen werden, und, kaum geboren, neu bearbeitet werden müssen.

In der Zukunft werden die Verhältnisse nicht einfacher. Insbesondere in der Übergangszeit von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft werden Hunderte von Problemen in Bezug auf die Personalverhältnisse von den Verwaltungen zu lösen sein, Probleme, die zur Lösung der eingehendsten Kenntnisse auf dem Sozialgebiete, auf dem volkswirtschaftlichen Gebiete bedürfen, wenn nicht ein Sturm der Enttarnung unter dem deutschen Verkehrspersonal losbrechen soll. Es bedarf hier der Mitarbeit von Perusenen. Wenn die Verwaltungen einseitig, von sich aus, ohne der Organisation

des deutschen Verkehrspersonals ein Mitbestimmungsrecht zu geben, vorgehen, werden sie zu keinem günstigen Ergebnis kommen.

Alle Kräfte, die guten Willens sind und über die praktischen Kenntnisse verfügen, müßten herangezogen werden. Politische und konfessionelle Momente müssen hierbei ganz ausscheiden. Es handelt sich um mehr, als um bloße Befähigungsmittel für das deutsche Verkehrspersonal zu finden. Vielmehr muß im Zusammenwirken der Eisenbahnverwaltungen und der deutschen Verkehrspersonal-Organisation eine Instanz geschaffen werden, die die Schwierigkeiten auf allen Personalgebieten löst. Vorbedingung hierzu ist aber, daß die Verwaltungen die deutsche Verkehrspersonal-Organisation als vollwertigen, mitbestimmenden Faktor anerkennen. Sie werden es tun müssen in der Erkenntnis, daß die Kulturstellung des deutschen Eisenbahners eine vollwertige, gleichberechtigte Interessenvertretung notwendig braucht.

**Aus der Stadt.**

Karlruhe, 14. Mai

Sie wittern immer noch Morgenluft!

Im "Samburger Fremdenblatt" (Morgenausgabe vom 10. Mai) finden wir folgende wiesengrüne Anzeige:

Glänzende Kapital-Anlage!

Ein größeres Rebenuegrundstück mit hochmodernem 4- und 5-Zimmerwohnungen, Heizgas, Warmwasser, Fahrstuhl usw., an bester Lage stets alles vermietet, ist äußerst preiswert mit

M 100 000 Auszahlung

zu verkaufen, wofür

jährlich M 18 000 Ueberchuß!

Bei der voranschreitenden Wohnungs-knappheit große Versteigerung unausschließlich.

Angebote usw.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Häuserpekulanten allenthalben, auch hier in Karlsruhe, im Stillen mit der kommenden Knappheit in Kleinwohnungen rechnen und kaum das Ende des Krieges abwarten können, um mit ihren Gründen für eine fräftige Steigerung der Mieten auszuwachen. Die Führer aus dem erhabenen Stande der gewerblich-mäßigen Wohnungsbauvereine leugnen zwar die Möglichkeit einer drohenden Wohnungsnot, aber hier kommt einer, der sie als sicher hinstellt und daraus neue Profitmöglichkeiten ableitet. Als ob M 18 000 Ueberchuß bei einer Anzahlung von M 100 000 nicht ohnehin schon ein jündhaft hoher Profit wären, zumal, wenn man berücksichtigt, daß er nur auf Kosten der Mieter gemocht wird, die bisher leider nur geringe Möglichkeiten besitzen, sich gegen solche Ausbeutung zu schützen.

Es ist ganz gut, wenn hin und wieder solche Anzeigen in den kapitalistischen Blättern erscheinen, denn sie beleuchten blicksichtartig die ganze Situation. So werden die Mieter selber zum Nachdenken angeregt und es wird das Gewissen der Deffentlichkeit wachgerufen, die solchen Zuständen unmöglich auf die Dauer gleichgültig gegenüberstehen kann. Es gilt zu handeln, ehe es zu spät ist.

Ermäßigung der Fleischpreise?

Dem Vernehmen nach ist in nächster Zeit eine Ermäßigung der Höchstpreise für Schweinefleisch zu erwarten. In einigen Wochen soll auch eine für Rindfleisch erfolgen.

Eine Kunde, die man bei den jetzigen Zeiträufen kaum glauben kann. Dem daß etwas einmal billiger wird, ist man wirklich nicht mehr gewohnt. Aber hoffen wir das beste.

Verbot der gewerblichen Verarbeitung von Reichsmünzen. Gegen den Mißbrauch von Reichsmünzen, der bei dem Mangel an Scheidemünzen im Verkehr aufs Schärfe zu verurteilen ist, wendet sich eine lobenswerte Bundesratsverordnung. Wer ohne Genehmigung des Reichsfanzlers Reichsmünzen behufs gewerblicher Verwertung einmündig oder sonst verarbeitet oder Gegenstände, die in erkennbarer Weise unter Verwendung von Reichsmünzen hergestellt sind, verkauft oder sonst in den Verkehr bringt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit einer Geldstrafe bis zu 15 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben kann auf Einziehung dieser Gegenstände erkannt werden. Das Verbot hat, abgesehen von dem bei Gold- und Silbermünzen in Frage kommenden Einmündeln, insbesondere auch die neuerdings beobachtete Verarbeitung eiserner Scheidemünzen zu Schmuckgegenständen im Auge. Servuszuhaben ist, daß sich das Verbot nur auf Reichsmünzen, d. h. auf kursfähiges Geld bezieht, nicht aber auf außer Kurs gesetzte Münzen wie Dufaten, Taler usw. Die Frage der Bekämpfung von Höchstpreisen für Silber ist in der neuen Bundesratsverordnung nur vorläufig geregelt worden, indem dem Reichsfanzler die Ermächtigung erteilt worden ist, Höchstpreise für Silber oder Silberwaren festzusetzen und bei etwa damit notwendig werdenden ergänzenden Maßnahmen zu treffen.

Das Bier soll noch dünner werden. Nach einer Verordnung des Ministeriums des Innern darf untergärtiges Bier auch mit einem Stammwürzegehalt von weniger als 6 Prozent hergestellt werden. Dieses darf aber nur unter der ausdrücklichen Bezeichnung "Einfachbier" abgegeben werden. Sämtliche Brauereien haben bis zum 1. Oktober mindestens 25 Prozent ihrer Gesamtbierezeugung, soweit solche nicht für das Feldbeer bestimmt ist, als Einfachbier herzustellen. In Galt- und Schankwirtschaften, in welchen Einfachbier ausgesetzt wird, ist dies durch deutlich sichtbaren Anschlag von dem Inhaber der Wirtschaft bekannt zu geben. Beim Verkauf durch den Hersteller darf der Preis für Einfachbier in Fässern 23 M für 100 Liter nicht übersteigen. Der Ausichankpreis für Einfachbier darf in Galt- und Schankwirtschaften für 0,1 Liter Bier höchstens 5 -3 betragen, so daß der Höchstpreis sich bei 0,3 Liter auf 15 -3, bei 0,35 Liter auf 18 -3, bei 0,5 Liter auf 25 -3 und beläuft. Für Einfachbier in Flaschen beträgt der Höchstpreis: a) beim Verkauf durch den Hersteller an den Weiterverkäufer: für 0,35 Liter 12 -3, für 0,5 Liter 16 -3, für 0,7 Liter 22 -3, für 1 Liter 32 -3; b) beim Verkauf durch

Nr. 1  
den We  
19. 3, fü  
hier in Z  
geben, 10  
Alfo  
e den i  
entlich v  
det, mög  
Be  
at Bericht  
Stand  
höchste  
17 150 g  
Beginn d  
wegen 231  
innen bei  
die Töchter  
beide  
Wänden,  
darunter  
zerstört  
und zwar:  
50 Unter  
Gardrobe  
(Bortoren)  
Be  
Kadichten  
weid uns  
empfinden  
benen ger  
fangenen r  
arbeiten in  
dem Mang  
abgeschaf  
Unterfuch  
weitere Ar  
mitbestien  
die Unter  
zum Ver  
ches, mit  
einer aus  
unterfuchen  
schiff gerie  
Bollmach  
in gefangen  
Die  
praktisch?  
Weinem Ge  
auf das G  
dem Bahnd  
Krausenhu  
Kaden? H  
die Ohren u  
jellos prakt  
Soll die Be  
Armbinde?  
müße von  
Standpunkte  
Sparwuchs  
höhe in di  
flammezt, h  
man nicht ge  
warren, bis  
solge ungen  
innen" we  
ist eine Gef  
ausführlich  
der Gesundh  
praktisch un  
Konfe  
Der Vor  
vermeinen  
drei Jahre  
wären Konf  
bestimmte  
Weg der Ein  
der Schenk  
Gemeinde un  
Pflanz po  
auch zum Bo  
Angebot  
angegeben  
Gemeinde  
gemeinteten  
der, Geide  
Schiffahrt  
Hö. St  
Lagung doll  
weitererhaft  
Beiterte  
Die Schw  
hoffelber  
Die Natij  
umgebung  
24 Millionen  
Lagung der  
nat weile  
müße das  
wissenschaftl  
Energieverbra  
moran die  
geben. Die  
Verbrauch  
die Kranke  
Anrechnung  
erhalten fall  
festlegen Mü  
bedürftig, die  
verfügt, den  
Wände Er  
ebenfalls keine  
Unterstützung  
ern erst mit  
Schuldigkeit  
Eigenschaften der



### Lebensmittel-Verteilung

in der Woche vom 14. Mai bis 20. Mai.

- 1. Hafergrüße**  
Kopfmenge ¼ Pfund, Preis 44 3 für das Pfund gegen Lebensmittelmarke D Nr. 59.
- 2. Gerstengrüße**  
Kopfmenge ¼ Pfund, Preis 30 3 für das Pfund gegen Lebensmittelmarke E Nr. 59.
- 3. Graupen**  
Kopfmenge ¼ Pfund, Preis 30 3 für das Pfund gegen Lebensmittelmarke E Nr. 59.
- 4. Marmelade**  
Kopfmenge ½ Pfund, Preis 65 3 für das Pfund gegen Lebensmittelmarke F Nr. 59.
- 5. Fett**  
Kopfmenge 150 Gramm gegen die Fettmarken A und B Nr. 59.
- 6. Eier**  
Kopfmenge 2 Stück gegen die Eiermarken A und B Nr. 59.  
An den Eierverkaufsstellen Nr. 159 bis einschließlich Nr. 228 Ausländer zum Preis von 25 3 und in allen übrigen Eierverkaufsstellen Inländer zum Preis von 26 3 für das Stück.
- 7. Kartoffeln**  
Kopfmenge 5 Pfund gegen Kartoffelmarke B Nr. 59.
- 8. Fleisch**  
Kopfmenge 250 Gramm gegen Reichsfleischmarken und weitere Kopfmenge 250 Gramm Sonderzusage gegen Sonderfleischmarke Nr. 1.

Die Verteilung sämtlicher Lebensmittel findet ab Dienstag, den 15. Mai 1917, statt. Den Geschäften bleibt vorbehalten, die Abgabe der einzelnen Artikel auf die verschiedenen Tage zu verteilen.

**III. Einlösungstellen für Militär-, Krankenzusatz- und Besatzungsmarken:** Für die unter I. bis 6. aufgeführten Lebensmittel: Die städtischen Verkaufsstellen Kriegstraße 80 und Douglasstraße 24, sowie die Filiale der Firma Pfannsch u. Co., Rheinstraße 25, für Fett außerdem noch die Firma Carl Dietrich „Zur Butterblume“, Amalienstraße Nr. 29.

**IV.** Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß jedes Geschäft genügend Ware zugewiesen erhält, um alle eingeschriebenen Kunden zu befriedigen. Ein Andrang in den ersten Verteilungstagen ist deshalb vollständig unnötig.

**V.** Frist für Abrechnung und Ablieferung der Marken: Mittwoch, den 23. Mai 1917. Restbestände bleiben zu unserer Verfügung.

**VI.** Für die Woche vom 21. bis 26. Mai 1917 sind zur Verteilung vorgesehen: ¼ Pfund Feigwaren, ¼ Pfund Gerstentodden, 100 Gramm Weizenmehl, ¼ Pfund Zucker, 75 Gramm Gelberbrenn-Dörrengemüse, 5 Pfund Kartoffeln und Fleisch.  
Karlsruhe, den 12. Mai 1917. 1532  
Städtisches Nahrungsmittelamt.

### Bekanntmachung.

Die Verpflanzung brachliegender Grundstücke und die Festsetzung von Pachtpreisen für Kleingärten betr.

In Anbetracht der vorgeschrittenen Jahreszeit muß die Bearbeitung etwa jetzt noch brachliegender Grundstücke sofort in Angriff genommen werden.

Da es uns an Personal zur Nachschau fehlt, fordern wir hiermit nochmals Jedermann auf, uns sofort schriftlich oder mündlich Anzeige über solche zur Anpflanzung geeignete Grundstücke und deren Eigentümer zu machen, die nicht landwirtschaftlich oder gärtnerisch benutzt werden.

Bei dieser Gelegenheit machen wir darauf aufmerksam, daß nach der Verordnung des Bundesrats vom 4. April 1916 und der Verordnung des Großherzoglichen Ministeriums es Innern vom 11. April 1916 Grundstücke in Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern zum Zwecke gärtnerischer Nutzung nicht zu höheren als den vom Bürgermeisterrat festgesetzten Preisen verpachtet werden dürfen. Diese Verordnungen finden auf alle nach dem 4. August 1914 geschlossenen Pachtsverträge Anwendung. Streitigkeiten zwischen Pächter und Verpächter werden unter Ausschluß des Rechtswegs durch das Bürgermeisterrat entschieden.  
Karlsruhe, den 9. Mai 1917. 1531  
Das Bürgermeisterrat.

### Zwangsversteigerungen von Grundstücken.

Grundstücke	Schätzung	Versteigerungstag
1. Lsg. Nr. 4672 a. 7 a 15 qm Bachstraße 63. Wohnhaus mit Bäderci.	78 315	Mittwoch, den 30. Mai 1917.
2. Lsg. Nr. 4018 c. 6 a 14 qm Liebigstr. 15. Wohnhaus und Hausgarten.	72 000	Dienstag, den 19. Juni 1917.
3. Lsg. Nr. 3688. 4 a 14 qm Friedenstr. 15. Wohnhaus.	66 000	Dienstag, den 26. Juni 1917.
4. Lsg. Nr. 12. 3 a 8 qm Waldhornstraße 25. Wohnhaus und Magazin.	128 000	Mittwoch, den 27. Juni 1917.
5. Lsg. Nr. 12293. 2 a 25 qm, Ernststraße 14. (R. Hintzheim). Wohnhaus, Scheuer u. Stallung.	6 500	Mittwoch, den 4. Juli 1917.

Die Versteigerung findet jeweils vormittags 9 Uhr im Notariatsgebäude, Madonnenstraße 8, 1. Stock, Zimmer 13, statt. Mündliche gebührenfreie Auskunft daselbst, Zimmer 10.  
Karlsruhe, den 11. Mai 1917. 1538

Groß-Notariat VI als Vollstreckungsgericht.

### Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen für die 2. Hälfte des Monats Mai 1917 findet nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweisarten an folgenden Tagen statt:

- D. 3. 1 bis mit 2700: Montag, den 14. Mai 1917,
- 2701 " " 5400: Dienstag, den 15. Mai 1917,
- 5401 " " 8000: Mittwoch, den 16. Mai 1917,
- 8001 " " 10500: Freitag, den 18. Mai 1917,
- 10501 " " Schluß: Samstag, den 19. Mai 1917,

jeweils vormittags von 8 Uhr bis 1 1/2 Uhr und nachmittags von 1/2 Uhr bis 6 Uhr, im großen Rathhauseaal.

Im Interesse einer geordneten und raschen Abwicklung des Auszahlungsgeschäfts muß dringend darauf bestanden werden, daß die Bezugsberechtigten die vorgeschriebene Reihenfolge genau einhalten.

Karlsruhe, den 10. Mai 1917. 1518  
Das Bürgermeisterrat.

### Bekanntmachung.

Kochkurse für junge Mädchen betr.

Der Bad. Frauenverein (Unterabteilung Mädchenfürsorge) hat mit Unterstützung der Stadtgemeinde im 1. Stock des Haujes Kriegstr. 122 eine Kochschule eingerichtet, in welcher hier wohnhafte Mädchen im Alter von 17, mindestens aber 16 Jahren, mit geringem Kostenaufwand eine gute Ausbildung in Kochen und Hauswirtschaft erhalten, die sie zur Übernahme einer Dienststelle als Köchin befähigt. Jährlich werden drei Kurse von vier Monaten Dauer und zwar für je 12 Schülerinnen veranstaltet. Die Teilnehmerinnen haben lediglich den Betrag von 60 Mark für den Kurs in vier Teilbeträgen von je 15 Mark als Entgelt für ihr Mittagessen zu entrichten. Für unbedeutende Mädchen, welche an den Kursen teilnehmen wollen, können auf Ansuchen von der Stadtverwaltung Beiträge aus Wohltätigkeitsmitteln zur Verfügung gestellt werden.

Der zweite Kurs wird am 1. Juni 1917 eröffnet. Anmeldungen zur Teilnahme an diesem Kurs werden noch bis zum 21. Mai d. J. beim Sekretariat des Volksheim-Aktors (Hedel-Schule, Kreuzstraße Nr. 13, 3. Stock, Zimmer Nr. 27) während der üblichen Geschäftsstunden entgegen genommen.  
Karlsruhe, den 12. Mai 1917. 1537  
Der Stadtrat.

### Badischer Frauenverein.

Unentgeltliche ärztliche Mütterberatungsstunde für Säuglinge in Mühlburg (altes Rathaus).

Die Beratungsstunden finden von jetzt ab um 1/4 Uhr statt um 5 Uhr statt.  
1538

Abteilung VI des Bad. Frauenvereins.

### Bad. Notekrenz-Lose

à 1.-, Bayr. Schriftsteller-Losebriefe und Saniätslose à 1.10 und alle anderen geeigneten Sorten empfiehlt noch  
Carl Götz  
Gebehr. 11/15, beim Rathaus, Karlsruhe. 1536

### Gesucht. Arbeiterinnen

werden fortwährend angenommen in der  
Lumpen-Sortieranstalt  
S. Rachmann  
Durlach, Pfingststraße 28. 1466

Wir suchen:  
tüchtige Fuhrleute,  
Heizer, Küfer und  
Hilfsarbeiter,  
Mühlburger Brauerei,  
vorm. Freiherrl. von Sel-  
denersche Brauerei,  
Karlsruhe - Mühlburg.

### Druckfächer

festigt an  
Buchdruckerei Volksfreund.

### Pfänderversteigerung.

Am Mittwoch, 16. Mai 1917, vorm. von 9 Uhr findet im Kassenlokal des Leihhauses: Schwaneustr. 6, 1. Stock, die öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder Nr. 17562 bis mit Nr. 19443 gegen Barzahlung statt. Das Versteigerungslokal wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. Die Kasse bleibt am Versteigerungstag sowie am Nachmittag des vorhergehenden Tages geschlossen.  
1493  
Karlsruhe, 10. Mai 1917.  
Städt. Pfandleihkasse.

### Gesucht

für sofort und später  
Köchinnen,  
Mädchen, für einf. bürgerliche Küche. 112  
Städt. Arbeitsamt  
Bähringerstr. 100.

### Neu eingetroffen:

Schwarze Seiden-  
Jacken Nr. 38.75 an  
Seidene Unterröcke  
Nr. 14.75 an. 1534

### DanielsKonfektionshaus

Wilhelmstr. 34, 1. Et.

### Buchhalter

und Korrespondent, auch Invalide, suche auf 1. Juli für dauernd. Ausführl. Angebote mit Zeugnissen und Anträgen erbitte

### Carl Götz

Lotterie- und Bankgeschäft  
Karlsruhe. 1535

### Nähmaschine.

Wer eine Nähmaschine, bester Qualität (neu), bei monatl. oder 14täg. glückl. Zahlung kaufen will, sende seine Adresse  
1539  
Artikel 13, 2. Stock.

# Wasch-Stoffe.

- Schleierstoffe, weiss und glatt, vorzügliche Qualität Mtr. 4<sup>50</sup> 6<sup>80</sup>
- Schleierstoffe, weiss bestickt . Mtr. 5<sup>80</sup> 9<sup>50</sup>
- Schleierstoffe, bunt bestickt . . Mtr. 4<sup>25</sup> 8<sup>50</sup>
- Schleierstoffe, dunkelfarbig bestickt, auch rosa . . . Mtr. 9<sup>80</sup> 10<sup>50</sup>
- Schleierstoffe, schwarz bestickt Mtr. 4<sup>50</sup> 14<sup>50</sup>
- Schleierstoffe, bedruckt . . . Mtr. 2<sup>50</sup> 3<sup>90</sup>
- Schleierstoffe, bedruckt, doppeltbreit . . . . . Mtr. 5<sup>80</sup> 8<sup>75</sup>

- Bulgaren-Krepp, weiss, Meter 6<sup>50</sup> 8<sup>50</sup>
- Bulgaren-Krepp, bestickt, Meter 8<sup>00</sup>
- Kreppon-Stoff, bedruckt, Meter 1<sup>95</sup> 3<sup>90</sup>

Weiss Opal feiner Hemdenstoff vorzügl. in der Wasche, etwa 115 cm, auch für Blusen und Kleider, Meter 5<sup>80</sup> 7<sup>80</sup>

- Mousseline, Baumwolle . . . . Meter 1<sup>10</sup> 1<sup>75</sup>
- Mousseline, reine Wolle . . . Meter 2<sup>90</sup> 3<sup>50</sup>
- Dirndl-Stoffe . . . . . Meter 2<sup>75</sup> 4<sup>80</sup>
- Satin, Seidenersatz (Foulard-Muster) Meter 2<sup>50</sup> 2<sup>90</sup>
- Kleider- u. Schürzensatin Meter 2<sup>80</sup> 4<sup>50</sup>
- Blusen- u. Hemden-Zefir Meter 3<sup>50</sup> 6<sup>80</sup>
- Wasch-Kostümstoffe, farbig Meter 2<sup>80</sup> 4<sup>80</sup>
- Wasch-Kostümstoffe, weiss Meter 2<sup>70</sup> 5<sup>25</sup>

Hermann 1540

# Tietz

## + Bruchleidende +

bedürfen kein so schmerzhaftes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe vermindertes, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchlebens selbst verstellbares

### Universal-Bruchband

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist. Mein Spezial-Vertreter ist am Montag, den 14. Mai, abends von 8 bis 12.15 in Karlsruhe, „Hotel Geiß“, und gleichen Tags mittags von 3 bis 5 Uhr in Pforzheim im Hotel International, sowie Montag, den 14. Mai, mittags von 2 bis 5 Uhr in Rastatt, Bahnhofs-Hotel, mit Muster vorerwähnter Bänder, sowie mit ff. Gummi- und Federbändern, neuesten Systems, in allen Preislagen, anwendb. Muster in Gummi, Hängeleib, Leib- und Unterborsfallbänder, wie auch Geradhalter und Krampf- oder Strümpfe stehen zur Verfügung. Neben sachgemäßer Beratung auch gleichzeitig streng diskrete Bedienung. 1491  
Ph. Steuer Sohn, Bandagist u. Orthopädist, Konstanz i. B. Weissenbergstraße 15. Telefon 515.

### Kräftige

# Frauen u. Mädchen

erhalten dauernde Beschäftigung. 1467  
Lederfabrik Durlach, Herrmann & Ettlinger,  
Durlach bei Karlsruhe (Baden).

### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Auftraggeber. Augustin Weber von Densbach, Bremser hier und Sofie Holz Witwe von Densbach. Adolf Danfmann von Densbach, Bergschloßheim, Lehrer in Anrath, mit Helene Reiner von Densbach. Adressen. Hedwig Reutlinger, 47 J. alt, Ehefrau des Metzgermeisters Daniel Reutlinger. Anna Endreß, 29 J. alt, Ehefrau des Schreiners Friedrich Endreß. Franz Glatt, Tagelöhner, Ehemann, 29 J. alt. Samuel Heberreich, Schlosser, Witwer, 84 J. alt. Wendelin Kolb, Feiler, Ehemann, 46 J. alt. Jakob Klemm, alt. Hülfe, Ehemann, 59 J. alt. Margarete Dillengah, 79 J. alt. Ehefrau des Heizers Carl Dillengah. Marie Steinmetz, 71 J. alt. Witwe des Hofkuchens-Bistors Steinmetz. Josef, 16 J. alt. B. Josef, alt. Zimmer. Christian Dittes, Büroassistent, Witwer, 82 J.

Die